Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 290. Dienstag, den 12. Dezember 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Werk des Reichstags.

Die zwölfte Legislaturperiode des deutschen Reichstags, die am 19. Februar 1907 begann und am 5. Dezember 1911 endete, zerfällt, politisch betrachtet, in zwei große Abschnitte. Der erste dauert vom Tage der Reichstagseröffnung bis zum Zusammenbruch des Bülowblocks im Sommer 1909, der zweite, der unter der schwarzblauen Herrschaft steht, von da bis zum Reichstagsschluß.

Die wichtigsten Gesetzesvorlagen, die im Zeitalter des Bülowblocks erledigt wurden, waren das Börsengesetz, die Reform des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen, das Reichsvereinsgesetz, die Flottenvorlage.

In das Zeitalter der schwarzblauen Herrschaft fallen folgende wichtige Gesetze: die Reichsfinanzreform, das Kaligesetz, die elsaß-lothringische Verfassungsreform, die Reform der Arbeiterversicherung, die Angestelltenversicherung, das Heimarbeitergesetz, die Schiffahrtsabgaben.

Das Börsengesetz war die erste Blockfrucht, die die Regierung Bülow den liberalen Interessenten auf den Tisch legte. Es hob das Verbot des Terminhandels in Effekten in der Hauptsache auf und fand, obwohl es den Zweck hatte, die Börsenspekulation zu erleichtern, die Zustimmung der Agrarier. Die Sozialdemokratie lehnte das Gesetz ab.

Die Reform des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen machte die Bestrafung der Majestätsbeleidigung davon abhängig, daß sie „in der Absicht der Ehrverletzung, böswillig und mit Überlegung“ begangen wird. Die sozialdemokratische Fraktion fand, daß die allgemeinen Beleidigungsparagraphen des Strafgesetzbuches auch den Fürsten einen ausreichenden Schutz gewähren, ferner fand sie in der Unterscheidung von harmlosen und böswilligen Majestätsbeleidigungen eine neue Gelegenheit zu klassengerichtlichen Urteilen. Sie versagte daher auch diesem Gesetz ihre Zustimmung.

Nicht anders ging es bei dem Reichsvereinsgesetz. Dieses ersetzte die bisher geltenden vereinsrechtlichen Landesgesetze durch ein Reichsgesetz, das für einige Staaten die Rechtszustände durchgehend verschlechterte, andern gewisse Vorteile brachte, die aber durch die Aufnahme reaktionärer Bestimmungen in das Gesetz wieder entwertet wurden. Für Preußen brachte das Gesetz eine Erleichterung in der Anmeldepflicht von Versammlungen, Aufhebung des Frauenverbots in politischen Vereinen und eine gewisse, leider nicht ausreichende Einschränkung der Verbotsmöglichkeiten für Versammlungen unter freiem Himmel. Auf der andern Seite unterdrückte es in brutaler Weise das Recht der Nichtdeutschen auf den Gebrauch ihrer Muttersprache, schuf durch den Jugendlichenparagraphen für die proletarische Jugendbewegungen neue Fußangeln, und eröffnete durch kniffige Auslegung des Begriffs eines politischen Vereins der Polizei neue Gelegenheit zur Schikanierung der Gewerkschaften. Die Sozialdemokratie bekämpfte diese reaktionären Bestimmungen, zu deren Annahme sich die Freisinnigen verpflichtet hatten, und überließ schließlich die Verantwortung für das Ganze des Gesetzes dem bürgerlichen Liberalismus.

Das Flottengesetz verkürzte die Lebensdauer der Linienschiffe von 25 auf 20 Jahre, es machte dadurch den Neubau von weiteren fünf Linienschiffen in den nächsten Jahren notwendig, was einen Kostenaufwand von ungefähr einer viertel Milliarde erfordern wird. Für diese Vorlage stimmten alle bürgerlichen Parteien, obgleich eine finanzielle Deckung der durch sie entstehenden Ausgaben nicht vorhanden war.

Die Früchte einer uferlosen Rüstungspolitik traten dann in der berüchtigten Reichsfinanzreform zutage. Über sie ging der Bülowblock in Trümmer, weil das Zentrum auf dem Gebiete der Branntweinliebesgaben und der Erbschaftssteuer den Junkern vorteilhaftere Angebote machte als der Liberalismus. Die Sozialdemokratie förderte die Deckung des gesamten Neubedarfs von etwa 500 Millionen Mark aus Reichserbschafts-, Einkommen- und Vermögenssteuern. Die Liberalen waren aber nur bereit, etwa 100 Millionen aus Besitzsteuern aufzubringen, während 400 Millionen in Form von Gebrauchsabgaben auf die Schultern der Besitzlosen gelegt werden sollten. Im Prinzip waren alle bürgerlichen Parteien darin einig, die Besitzenden nur mit einem Fünftel, die Besitzlosen dagegen mit vier Fünfteln der Gesamtkosten zu belasten!

Die Sozialdemokratie lehnte alle volksbelastenden Abgaben ab und stimmte nur in der zweiten Lesung für die Erbanfallsteuer, die indes von den Schwarzblauen zu Fall gebracht wurde. Wie die Sozialdemokratie in der dritten Lesung gestimmt haben würde, wenn es zu einer solchen gekommen wäre, hing von der taktischen Situation ab. Sie ist grundsätzliche Anhängerin der Erbschaftssteuer und würde gegen sie nur gestimmt haben, wenn es möglich gewesen wäre, die ganze volksfeindliche „Reform“ dadurch zum Scheitern zu bringen.

Es kam aber bekanntlich anders. Junker und Zentrum einigten sich rasch, sie beschlossen neue Zölle auf Tee und Kaffee (39 Millionen), neue Zölle auf Zündwaren (25 Millionen), Leuchtmittel (20 Millionen), Branntwein (80 Millionen), Tabak (43 Millionen), Bier (100 Millionen), Schaumwein 5 Millionen). Außerdem wurden neue Stempel für Effekten, Schecks, Quittungen, Grundstücksübertragungen sowie die sogenannte Talonsteuer geschaffen (zusammen 109,5 Millionen). Die Sozialdemokratie lehnte nunmehr diese Finanzreform als Ganzes und in allen Teilen ab.

Von den spätern Gesetzen, die unter der Herrschaft des schwarzblauen Blockes zustande kamen, bedeutet das Schiffahrtsabgabengesetz eine neue Belastung für das Volk. Nach den bisherigen Bestimmungen der Reichsverfassung hatte die Schiffahrt von Abgaben frei zu bleiben, die Kosten der Verbesserung natürlicher Wasserstraßen waren durch Staatssteuern aufzubringen. Das Schiffahrtsabgabengesetz legt diese Kosten auf die Schiffahrt selber und erhöht dadurch die Frachten, somit auch die Warenpreise selbst. Selbstverständlich lehnte die sozialdemokratische Fraktion auch dieses Gesetz ab.

Die Reform der Reichsversicherungsordnung brachte eine Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Landarbeiter sowie eine durchaus unzureichende Witwen- und Waisenversicherung. Sie versagte dabei den Wöchnerinnen die durchaus nötige Wochenbeihilfe, die für Landkrankenkassen auf Antrag der christlichen Arbeitersekretäre auf 4 Wochen herabgesetzt wurde. Sie gewährte den Landarbeitern keinen Einfluß auf die Verwaltung ihrer Kassenangelegenheiten und beschränkte das Selbstverwaltungsrecht der übrigen Arbeiterschaft in ihren Krankenkassen auf die empfindlichste Weise, indem es die Wahl des Vorsitzenden von der Zustimmung der Unternehmer abhängig machte. Die Sozialdemokratie konnte unmöglich für ein Gesetz stimmen, das wie dieses als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft gedacht und durchgeführt ist.

Dagegen stimmte die sozialdemokratische Fraktion für die Angestelltenversicherung, obwohl ihre Nichtangliederung an die allgemeine Versicherung sowie die Beibehaltung der Ersatzkassen zu schweren grundsätzlichen Bedenken Anlaß gab.

Auch das Heimarbeitergesetz fand sozialdemokratische Zustimmung. So unzureichend, ja zum Teil bedenklich es ist, und so infam sich auch die bürgerlichen Parteien bei der Ablehnung der Lohnämter, der Verweigerung von Mindestlöhnen an diese schlechtest bezahlte Arbeiterkategorie benommen haben, so wollte die Sozialdemokratie doch nicht ein Gesetz ablehnen, das vielleicht trotzdem als winziger Anfang zu einem Fortschritt betrachtet werden kann.

Schon früher hatte die sozialdemokratische Fraktion einem andern interessanten Gesetz ihre Zustimmung erteilt, dem Kaligesetz, bei dem es ihr gelang, wesentliche Verbesserungen im Interesse der Arbeiter durchzusetzen. Die Sozialdemokratie stimmte der gesetzlichen Kontingentierung der Kaliproduktion zu unter der von ihr gestellten und erreichten Bedingung, daß die Arbeitsbedingungen nicht unter die Verhältnisse des Jahresdurchschnitts 1907/08 verschlechtert werden dürfen. Jede Verschlechterung wird durch eine entsprechende Kontingententziehung bestraft, die in keinem Falle weniger als 10 Proz. betragen darf. Der Nutzen dieses sozialdemokratischen Erfolges kommt zunächst nur einigen Zehntausenden von Kalibergarbeitern zugute, der nützliche Grundsatz, der durch ihn zum erstenmal zum Durchbruch gelangt ist, hat aber Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse.

Eine besondere Stellung nimmt die Reform der elsaß-lothringischen Verfassung ein. Diese bringt den bisherigen Reichslanden einen bedeutsamen Anfang zur einzelstaatlichen Unabhängigkeit und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für den Landtag. Von den Forderungen des sozialdemokratischen Programms bleibt das Gesetz in der jetzt geltenden Fassung weit entfernt, die Sozialdemokratie verlangt für Elsaß-Lothringen die demokratische Republik. Da sich aber der sozialdemokratischen Fraktion durch ihr Eingreifen Gelegenheit bot, das für Elsaß-Lothringen geplante Pluralwahlrecht zu Falle zu bringen, stimmte sie zuletzt auch für dieses Gesetz, dem die Junker „in starrer Negation“ ihre Zustimmung versagten. Und schließlich war es derselbe Grund, der unsre Genossen zur Annahme, wie die Junker zur Ablehnung bewog: beide dachten an die preußische Wahlreform, um die nach den Wahlen der Kampf wieder hell entbrennen wird. Die Situation der preußischen Wahlrechtskämpfe ist durch die Einführung des gleichen Rechtes in Elsaß-Lothringen erheblich gebessert.

Überblickt man die gesamte Tätigkeit des nun verflossenen Reichstags, so findet man in seinem Konto eine große Schuld, die durch nichts aufgewogen werden kann, die furchtbare Belastung der Massen durch die Reichsfinanzreform. Dazu treten die Schiffahrtsabgaben und an politischen Rechtsminderungen der Sprachenzwang im Reichsvereinsgesetz, die Jugendlichenhetze, die Zerstörung der Selbstverwaltung der Krankenkassen! Was der Reichstag dagegen auf der Seite seiner Verdienste buchen kann, wiegt federleicht.

Eine Reihe unerledigter Gesetze ist auf dem Trümmerhaufen geblieben, so die Reform des Strafgesetzes, der Strafprozeßordnung, die Einführung von Arbeitskammern. In andern brennenden Fragen, wie in der Teurungsfrage und im Kampfe gegen das persönliche Regiment hat der Reichstag völlig versagt. Es war im Grunde ein agrarisch-reaktionäres Parlament und, mochte der Bülowblock oder schwarzblau Trumpf sein, so waren es doch, von wenigen Ausnahmen abgesehen, stets die volksfeindlichen Junker, die die Führung der Mehrheit hatten. Um ihre Gunst haben sich abwechselnd Zentrum und Liberalismus strebend bemüht, die Gunst der Junker kann man aber nur erlangen, wenn man ihre materiellen Interessen fördert und das Volk in die Knechtschaft hinabdrückt.

Der neue Reichstag soll kein Junkerparlament, sondern ein **Volkshaus** sein! —

Die Reichstagswahl.

Keine Mittelstandskandidaten.

Der Reichsdeutsche Mittelstands-Verband erläßt einen Wahlaufruf, dem zufolge er keine eigenen Kandidaten aufstellt, sondern alle bürgerlichen unterstützt, die sein Programm unterstützen.

Die amtliche Wahlberichterstattung

geschieht durch gebührenfreie „Wahltelegramme“ an das Reichsamt des Innern, eventuell auch an andere Behörden. Diese Depeschen werden vor allen anderen befördert. Die für solche Telegramme in Betracht kommenden Telegraphenämter haben mindestens bis 10 Uhr abends Dienst.

Zentrum und Lothringer Block.

Das reichsländische Zentrum trat kürzlich an den sogenannten Lothringer Block mit dem Ersuchen heran, bei den Reichstagswahlen gemeinsam vorzugehen. Das Zentrum wollte sich mit dem Kreis Saargemünd-Forbach begnügen und die drei anderen Lothringer Kreise dem Block überlassen. Nachträglich stellte das Zentrum indessen noch die Bedingung verschiedener Programmverpflichtungen, in denen die konfessionelle Schule eine besondere Rolle spielte; darauf ging der Block nicht ein und beschloß nunmehr in allen Kreisen selbständig vorzugehen.

Lobgesang am Grabe.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ widmet dem 1907er Reichstage einen tiefempfundenen Grabgesang. Bange Sorge, daß kein so fügsames Reichsparlament mehr zustande käme, spricht aus den getragenen Trauermelodien; sie bemühen sich auch, nachzuweisen, daß Bülow es auch nicht anders gemacht hätte und da wird folgende köstliche Kennzeichnung der Stellung des Zentrums in der Blockzeit geleistet:

„Infolge der Vorgänge, welche die Auflösung des alten und die Wahlen zum neuen Reichstage bestimmt hatten, stand bei der Ausführung dieses Gedankens gerade die Partei beiseite — die stärkste des Reichstages —, in der schon lange ein ähnlicher Ausgleich (aller Interessen!) unter der einigenden Kraft konfessioneller Interessen vollzogen war.“

Das Papier ist geduldig! Wie ist gerade in dem Kanzlerblatt und in der amtlichen Wahlagitation das Zentrum 1907 vermöbelt worden!

Ostelbisches aus dem Westen.

In der „Welt am Montag“ beklagt sich der demokratische Kandidat für Marburg, von Gerlach, über die Riesenmogeleien im Landbezirk und den Terrorismus, der die in schlimmster Armut lebenden Bewohner zwingt, die Wahlfälschungen zu dulden. Planmäßig wird, wenn der Minister nicht noch rechtzeitig Abhilfe schafft, die Wahl zur öffentlichen gemacht, indem „Urnen“ verwendet werden, die eine genaue Übereinanderschichtung der Stimm-

zettel gestatten und durch Einteilung in winzige Wahlbezirke von 15 und 20 Wahlberechtigten. Die Saalabtreiberei ist einfach kassubisch.

Freiherr von Heyl kandidiert nicht mehr.

Der Wormser Lederkönig Freiherr von Heyl in Worms hat an den Vorstand des nationalliberalen Wahlvereins einen Brief gerichtet, in dem er erklärt, daß er aus Gesundheitsrücksichten eine Reichstagskandidatur nicht annehmen könne. Einen Verlust für Parlament und Volk bedeutet sein Verschwinden nicht.

Der Wahlaufruf der Christlich-Sozialen

will die Wähler vor einer Mehrheit der Linken graulig machen, denn „die Sozialdemokratie ist des Kaisers geschworene Feindin. Wer eine Mehrheit der Sozialdemokratie zustandebringt, gefährdet den deutschen Kaiserthron". Von der Gefährdung der Arbeiter durch die Junkerherrschaft spricht der Aufruf nicht, dafür aber setzt er sich für die Wucherzollpolitik ein. Wenn der Aufruf Arbeiterschutz fordert, so werden sich die Arbeiter sehr wohl daran erinnern, daß die Christlich-Sozialen immer auf der Seite der Arbeiterfeinde zu finden waren. Deswegen will sie ja auch der Oberjunker von Heydebrand als eigene Partei bestehen lassen. — Franz Behrens ist auch in der sauberen Firma!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der preußische Landtag

wird voraussichtlich am 15. Januar eröffnet werden. Abweichend von der bisherigen Praxis soll diesmal den Abgeordneten acht Tage vor der Eröffnung ein Auszug aus dem Etat zugehen. — Nach der preußischen Verfassung muß der Landtag in der ersten Hälfte des Januar einberufen werden, um den Etat fertigzustellen. Da aber die Landräte bei den Reichstagsstichwahlen benötigt werden, so wird sich das Junkerparlament am 16. Januar, nachdem das Präsidium gewählt worden ist, bis zum 23. oder 24. Januar wieder vertagen.

Proporzionalwahlrecht in Baden.

Die zweite Kammer des Landtags hat am Montag einstimmig die Anträge der Sozialdemokraten und Liberalen auf Vorlage eines Gesetzes für das Proporzionalwahlrecht im ganzen Lande angenommen. Die Regierung widersprach den Anträgen, indem sie ausführte, daß zwingende Gründe zur Änderung der Verfassung von 1904 fehlten, daß unter den Nachteilen besonders die Anerkennung der Parteien als offizielle Faktoren des öffentlichen Lebens Bedenken errege, sowie daß die Loslösung der Abgeordneten von der Wählerschaft bedenklich sei.

Reichstagsabgeordneter Dr. Contze gestorben.

Der bisherige nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Contze, Vertreter des Wahlkreises Minden II (Herford-Halle) ist an einem Herzleiden gestorben. Contze war auch für die Neuwahlen als gemeinsamer Kandidat der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei aufgestellt. Er war 1907 in der Stichwahl gegen den Konservativen gewählt worden; in der Hauptwahl hatten die Konservativen 8336 (1903: 6586), die Nationalliberalen 6080 (5201), die Sozialdemokraten 5758 (5406), die Christlichsozialen 5796 (2740) Stimmen erhalten. Der Kreis war immer abwechselnd von Konservativen und Nationalliberalen vertreten. Inzwischen sind, namentlich durch die große Tabakarbeiteraussperrung, unsere Aussichten wesentlich gestiegen.

Ein Hofjagdamt gegen Fleischverbilligung.

In der letzten öffentlichen Sitzung des Gemeinderats der Stadt Weimar schlug Genosse Baudert vor, eine Art Pression auf die Fleischer zur Verbilligung des Fleisches dadurch auszuüben, daß die städtische Verwaltung nach den großen Jagden in der Umgegend größere Posten Hasen aufkaufe und für den Selbstkostenpreis an die ärmere Bevölkerung ablasse. Bei den in diesem Jahre außerordentlich guten Ergebnissen der Hasenjagden müßten die Jagdpächter und Jagdbesitzer ohnehin oft genug nicht, wie und wo sie die großen Mengen von Hasen unterbringen sollten. So habe zum Beispiel das großherzogliche Hofjagdamt kürzlich nach einer Hofjagd weit über hundert Hasen eingraben lassen, da man keine Abnehmer gefunden habe! Man habe diesen Ausweg vor allem deswegen gewählt, weil man nicht unter dem bislang erzielten Preise habe verkaufen wollen, „um die Preise nicht zu verderben". Erster Bürgermeister Dr. Donndorf entgegnete, daß ihm irgendwelche Mittel, auf das großherzogliche Hofjagdamt einen Einfluß auszuüben, nicht zur Verfügung ständen. Die amtliche „Weimarische Zeitung" hat es vorgezogen, bislang über diese Sitzung nichts zu berichten!

Bisher hat sich das Hofjagdamt zur Sache noch nicht geäußert.

Eine neue Heeresvorlage auch noch?

Das „Berliner Tageblatt" berichtet, daß man sich nach eingehenden Beratungen entschlossen habe, von der Einbringung eines neuen Flottengesetzes zunächst abzusehen; dagegen beabsichtige man, schon im nächsten Jahre eine neue Heeresvorlage mit vielen Neuformationen dem Reichstag vorzulegen. Es sollen für Allenstein und Mühlhausen je ein neues Generalkommando, ferner beim ersten und 14. Armeekorps neue Divisionsstäbe aufgestellt werden, sodaß das deutsche Heer demnächst 25 Armeekorps und 50 Divisionen zählen würde. Die Vorlage soll auch 18 Infanteriebataillone, eine beträchtliche Vermehrung der Maschinengewehrkompagnien, zwei neue Trainbataillone, die Ersetzung der vier Kavallerieinspektionen durch ebenso viele Kavalleriedivisionen schon im Frieden und mit der zugehörigen Artillerie endlich neue Radfahrabteilungen und als letztes, nicht als schlechtestes, eine Vermehrung der Feldartillerieregimenter, der technischen und Verkehrstruppen fordern. Kostenpunkt: 60 bis 70 Millionen Mark!

Das „Berliner Tageblatt" gibt diese Mitteilung unter Vorbehalt, und es wird ja wohl auch an einem raschen Dementi nicht fehlen. Auch 1907 wurden ja alle derartigen Nachrichten vor den Wahlen dementiert. Das Volk aber, da es nicht noch mehr den Rüstungen opfern will, die die Kriegsgefahr nur erhöhen — das kann nicht „mit Vorbehalt" wählen. Vom 12. Januar hängt es ab, ob auch der neue Reichstag immer wieder nur neue Lasten beschließen soll.

Persien.

Die Türkei greift ein. Wie der „New-York Herald" aus Teheran meldet, sollen 5000 Mann türkische Truppen die persische Grenze bei Salmas überschritten haben. Die türkische Regierung soll die Absicht haben, die Truppen auf persischem Gebiet zu belassen, bis die russischen Truppen wieder zurückgezogen sind. Das Gerücht, daß auf Forderung Rußlands Morgan Shuster entlassen werden soll, hat in der Bevölkerung große Aufregung hervorgerufen. Protestmeetings wurden in den Moscheen abgehalten. Sowohl die Deputierten wie die öffentliche Meinung erklären, daß die Absetzung des Herrn Shuster, der Persien vor dem Bankerott gerettet habe, unmöglich sei.

Der liberale Totentanz.

Gestern abend, da man im Stadttheater Strindbergs nervenpeitschendes Drama „Totentanz" aufführte, sah man auch in der Stadthalle ein Schauspiel, das man ebenso bezeichnen kann. Schon der Zettelankleber hatte es in richtiger Erkenntnis der Dinge vielfach verstanden, an den Anschlagsäulen die Plakate, welche die Versammlung der bürgerlichen Parteien und die Vorstellung des „Totentanz" ankündigten, so zu placieren, daß die Reden Kleins und Sommers mit dem „Totentanz" in engen Zusammenhang gebracht wurden. Und unter den Versammlungsteilnehmern gab es am Schlusse wohl sehr wenige, die nicht den Eindruck mit nach Hause nahmen, dem Totentanz der Lübecker Liberalen beigewohnt zu haben. Durch den Vergleich zwischen der Totentanz-Aufführung im Stadttheater mit derjenigen in der Stadthalle würden wir den Hamburger Künstlern eigentlich unrecht tun; aber unbestreitbar zeigten auch die liberalen Komödianten eine gewisse Befähigung für ihren Beruf.

Der große Saal der Stadthalle war dicht gefüllt. Mindestens drei Viertel der Anwesenden bildeten die Arbeiter. Der Rest bestand zum großen Teil aus jungen Leuten, Kontorangestellten usw., die nach Kleins Ansicht nicht befähigt sind, in politischen Dingen urteilen zu können. Den Vorsitz führte Eisenbahndirektor Christensen, ein Nationalliberaler, von dem man nur wünschen möchte, daß er in dem großen ihm unterstellten Betriebe soviel Arbeiter- und Beamtenfreundlichkeit durch die Tat beweisen möchte, als die Liberalen vor der Reichstagswahl im Munde führen.

Erster Redner war der Reichsverbandskandidat Klein, der in umständlicher Weise Märchen von seiner ländlichen agitatorischen Tätigkeit und seinen großen Erfolgen erzählte. Bemerkenswert ist von den Irrfahrten nur, daß Klein bestritt, unsern Genossen Dr. Schlomer als Geschäftssozialisten bezeichnet zu haben. Wenn diese Äußerung gefallen sei, so könne er nichts dafür. In der Dissauer Ecke wähle man zwar den Rechtsstehenden, trotzdem habe er den Herren gezeigt, welch Geistes Kind man sei. Den Kurauer Wahlwitz kann Klein garnicht verschmerzen, er sah mit Grauen, wie Genosse Stelling von den Bündlern umhalst wurde, wie's ihn hinzog und wie er hinsank. Auch die Stellingsche Erklärung über Republik und Monarchie liegt Klein unverdaulich im Magen. Von der Schaffung des Lübecker Wahlrechtes haben die Sozialdemokraten keine Ahnung. Diese interessiert nur noch der Zukunftsstaat. Nachdem Klein die Reden unserer Genossen in seiner bekannten Art „zerpflückt" hatte, beschäftigte er sich mit seinem ganz rechts stehenden Freunde Behrens, der mit dem Zentrum sich verbündet habe und seiner Stellung nach als Arbeitersekretär ein geschworener Feind der Landwirtschaft sein müßte. Für die Nachlaßsteuer sei Klein auch bei der Landbevölkerung eingetreten, doch müsse er das von Mehrlein verbreitete Märlein zurückweisen, daß die Fortschrittliche Volkspartei bereit gewesen sei, 400 Millionen indirekter Steuern zu bewilligen. Weiter wartet Klein immer noch vergeblich auf das Zugeständnis der Agrarier bei der Stichwahl, andrerseits ist er aber von seinem Siege so überzeugt, daß er Bündlerhilfe gar nicht erst erbetteln muß. Auf einen Kuhhandel mit Agrariern sich einzulassen, hat Klein nicht nötig, lieber verzichtet er darauf in den Reichstag zu kommen. Der sozialdemokratische Wahlaufruf paßt Klein ganz und gar nicht, was er davon unterschreibt, ist nach ihm aus dem liberalen Programm herausgenommen und das andere steht nach seiner Meinung mit dem Erfurter Programm in Widerspruch. Die sozialdemokratische Kennzeichnung der Liberalen geht ihm über die Hutschnur und ist natürlich nicht wahr. Die Sünden der Sozialdemokraten sind viel schlimmer, sie haben ihr Programm über Bord geworfen und der elsaß-lothringischen Verfassung zugestimmt, anstatt ihr Programm dort zu verwirklichen und die Republik zu gründen. Das Schrecklichste ist ihm das sozialistische Endziel, bei dem alles expropriiert werden soll, das dem Bürgertum nicht klar genug gelegt werden könne. Deshalb treffe ihn auch die persönliche Verunglimpfung im „Volksboten" nicht. Der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion machte er noch den Vorwurf, sie unterstütze den Müßiggang durch Ablehnung des berüchtigten Paragraphen bei der Armengesetzvorlage, während die Sozialdemokratie sonst gegen den Müßigang auftrete. Heute brauche die Sozialdemokratie noch die Mitläufer des Kleingewerbes, die im Zukunftsstaat in der Versenkung verschwänden. Auch um die Beamten buhle sie, doch dürfe ein solcher unter keinen Umständen einen Roten wählen. Die Sozialdemokratie suche auch die Gastwirte zu angeln, die durch Schwartz — was natürlich aus den Fingern gesogen ist — mit hohen Steuern belastet worden seien. Zum Schluß wurde Klein urkomisch, als er sagte, nach dem 13. Januar, wenn er gewählt sei, würde kein Mensch mehr den „Volksboten" halten, dann könne dieser ihn doch nicht mehr beschimpfen. Wenn einem immer vorgeworfen werde, daß man mit Lug und Trug arbeite, lasse man sich das nicht gefallen. Das kennzeichne nur den Bildungsstand desjenigen, der so etwas in seinem Blatte schreibe. Die zweibeinigen Tiere habe er gleich von sich abgeschüttelt, sie seien übrigens 30 Jahre unwidersprochen geblieben. Nur er sei der Mann, der Lübeck wieder zum Heil führe.

Nach diesem Monolog trat der Rektor Sommer auf und verzapfte den Weisheitsausspruch, daß, wenn die temperamentvolle Versammlung Schwartz wählen wolle, sie nach Bayern gehen sollte, wo ihr die Gelegenheit dazu geboten sei. Und mit den Schwartzen jener Gegend und den Konservativen beschäftigte sich Herr Sommer ausgiebig, wälzte des Reiches Ungemach auf diese ab und verstieg sich ins Himmelreich seines eingebildeten Zukunftsstaates, nachdem er sich für den freundlichen Empfang durch den „Volksboten" bedankt hatte. Daß der „Volksbote" diesen Fortschrittler und Reichsverbändler richtig gekennzeichnet hatte, das bewies der Mann durch seine bodenlose Unwissenheit über die sozialdemokratischen Ziele. Die Feder würde abbrechen, wollten wir seine Wahngebilde krankhafter Phantasie hier wiedergeben. Aber eins wollen wir Herrn Klein nicht schenken. Im Gegensatz zu ihm gab Sommer zu, daß eine ganz erhebliche Preissteigerung gegen früher vorliege, und bei der Interpellation nur Zentrum und Rechte diese bestritten habe. Nach dem 1. Januar werde die Fleischnot in ziemlich erheblichem Umfang erst recht eintreten. Festgestellt sei noch, daß dieser Herr, der sich gleich nach seiner Rede verduftete, am Schlusse solch „geistige" Leistungen von sich gab, daß er mit Recht ausgepfiffen wurde.

Mehrlein: Ich protestiere zunächst gegen die letzte Rede, die den Eindruck erweckt, absichtlich so lange hingezogen zu sein, um uns die Diskussion zu schmälern. Herr Sommer hat Ihnen alles erzählt, nur nicht das, was er von der Fortschrittlichen Volkspartei erzählen sollte. Ich wüßte nicht, was seine Geschichten und besonders die von Paraguay mit der Reichstagswahl zu tun hätten. Für die nächsten fünf Jahre soll nicht der Zukunftsstaat errichtet werden, sondern es handelt sich darum, was der Reichstag leisten soll. Es ist Ihnen nichts erzählt worden von den brennenden Fragen, von den in Aussicht stehenden Gesetzen. Die Handelsverträge, Militär- und Marinevorlagen, Strafprozeßordnung haben die Redner nicht erwähnt, dafür wurden Richtersche Kinderlitzchen vorgetragen aus den 90er Jahren. Ich wundere mich nicht darüber, daß der zweite Redner über die Fortschrittliche Volkspartei nicht mehr gesprochen hat. Dafür hat Herr Sommer über die Reaktion geschimpft, doch dabei vergessen, daß er 1907 mit ihr im Bunde war und daß er nur von der Reaktion gewählt wurde. Auch über die freundliche Begrüßung des „Volksboten" beklagte er sich. Der „Volksbote" hatte nur festgestellt, daß Sommer schon im Mai d. J. mit der Reaktion einen Briefwechsel gepflogen hat, in dem er sich dieser in der Stichwahl verpflichtete. (Sommer: Ich bin nicht dabei gewesen!) Vom Mai bis jetzt hätten Sie Zeit zum Dementieren gehabt. Die ganze Rede gegen die Reaktion waren nichts als Worte, in der Stichwahl hauen Sie die Reaktion doch heraus, und wenn Sie sich jetzt hundertmal hinstellen und gegen die Reaktion wettern. Schon 1907 sind Sie im Bunde mit ihr gewesen, dafür geben Sie doch das beste Beispiel. Es macht sich ja recht nett, wenn uns die Fortschrittliche Volkspartei das Heil bringen will. Legt Euch ruhig schlafen, wir werden uns ohne Euch erlösen. Sie sind eine Klassenpartei schlimmster Sorte, vertreten die Interessen von Handel und Börse, kurz eine Partei der Besitzenden. Ich brauche nicht auf den Arbeiterfeind Richter zurückzugreifen. Die „Freisinnige Zeitung" trat 1891 beim großen Buchdruckerstreik gegen die Buchdruckergehilfen auf, die „Vossische Zeitung" kämpfte 1899 für die Arbeitswilligen und das Zuchthausgesetz. Sie schädigten ferner 1906 durch die Stengelsche Reform die Tabakarbeiter. Damals schimpfte die „Freisinnige Zeitung", so, daß selbst ein liberales Blatt, die „Magdeb. Zeitung", dagegen auftrat. Bei der Bauarbeiteraussperrung ist der Freisinn mit Beschimpfungen der Arbeiter ganz besonders hervorgetreten. Müller-Meiningen trat am 13. November d. J. mit aller Macht gegen das Streikrecht der Eisenbahner auf. Ein Koalitionsrecht ohne Streikrecht ist zwecklos, die Arbeiter müssen als letztes Mittel den Streik benutzen können. Die Freisinnigen traten wiederholt gegen die Verordnungen zum Schutze der Arbeiter ein beim Bäckergewerbe, Gastwirtsgewerbe und den 8-Uhr-Ladenschluß. Der Abgeordnete Günter erklärte sich gegen den zehnstündigen Arbeitstag für Arbeiterinnen mit der Begründung, die Industrie müsse bei gesetzlicher Fixierung des Arbeitstages leiden. Bei der Reichsversicherungsordnung setzte Dr. Mugdan alles daran, um die Arbeiter zu strafen und die Selbstverwaltung zu beschneiden. Er ging soweit, daß er stets den Beifall der Konservativen erhielt. Aber in der letzten Lesung mußte Mugdan sein Vorgehen selbst bedauern und vieles zurücknehmen, was er früher verteidigt hatte. Bei der Reichsversicherungsordnung kams vor allem darauf an, die Altersgrenze bei der Invalidenversicherung auf 65 Jahre herabzusetzen. Das ist nicht geschehen: im Gegenteil wurde die Wöchnerinnenunterstützung auf dem Lande von 8 auf 4 Wochen herabgesetzt. Die Bestimmungen der Witwen- und Waisenrente sind ein Hohn, die arme Witwe muß erst invalide werden, ehe sie etwas erhält. Denken Sie an die Beamten, deren Witwen ohne weiteres in den Genuß ihrer Pension treten. Den 3 Millionen Landarbeitern wurde die Versicherung wohl gewährt, aber jedes Recht der Selbstverwaltung verweigert und diese in die Hände der Bureaukratie gelegt. Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft war bei der Abstimmung in 4 Gruppen geteilt. Nur 10 Mann waren dafür zu haben und 13 hatten sich von der Abstimmung gedrückt. (Lebhaftes Pfui!) Im Bülowblock kam der Freisinn soweit herunter, daß die Regierung mit ihm machen konnte, was sie wollte. Der Freisinn hat der Reaktion erst in den Sattel geholfen, nicht nur 1907, sondern auch 1903 und jetzt beklagt er sich über die Bekämpfung durch die Junker. Hätte der Freisinn den Mut gehabt, sich nach links zu wenden, wäre dieser Zustand nicht eingetreten. Das „Berliner Tageblatt" und Naumann mußten nach der ersten Tagung zugeben, daß für das Volk nichts, für die Regierung alles erreicht wurde. Die Schuld lag jedoch nicht an den Reaktionären, sondern an den Liberalen, die diese Mehrheit zustande kommen ließen. Im Block hat der Freisinn nichts erreicht; aber einzelne seiner Mitglieder bekamen Orden als Trinkgelder. Dem Sprachenparagraphen im Vereinsgesetz stimmten sie zu, nur wenige traten damals aus dem Freisinn aus, weil sie wußten, daß sie von diesen Herren nichts Gutes zu erwarten hatten. Wenn die Freisinnigen hier reden und Stimmen fangen wollen, darf ihnen nicht aufs Maul, sondern es muß ihnen auf die Hände, auf ihre Taten geschaut werden. Unter ihnen sind auch in bezug auf das Reichstagswahlrecht unsichere Kantonisten, die nur jetzt bei der Wahl nicht dagegen sprechen. Der Freisinn hatte Gelegenheit genug, eine bessere Wahlkreiseinteilung mit herbeiführen zu helfen, aber nichts ist geschehen. Bei der preußischen Wahlrechtsreform hat sich der Freisinn nur zögernd mit ein paar Resolutionen hervorgewagt, er hätte auch im Block vieles erreichen können, wenn ihm nicht der Mut zur eigenen Courage gefehlt hatte. Aber so ist's seit jeher bei den Liberalen gewesen. Wenn man vom Wahlrecht in Lübeck anfängt, ists den Herren immer unangenehm. Gerade die Liberalen sind es gewesen, die uns das elende, erbärmliche Wahlrecht mit aufgebürdet haben. Solange Sie nicht gegen dieses Wahlrecht Sturm laufen, glauben wir nicht an Ihre Ehrlichkeit im politischen Kampf. Dr. Görtz ist einer der ersten Wahlrechtsräuber, ja diesem Manne war das jetzige Wahlunrecht noch viel zu gut; er wollte den Erstklassigen noch ein Recht in der zweiten Klasse sichern. Der letzte Bürgerschaftswahlkampf hat klar gezeigt, daß die Herren beim Fressen an der Staatskrippe ungestört sein wollen. Genau so handeln Sie bei der Bürgerausschußwahl und den Kommissionswahlen. Sie können sich nicht damit ausreden, es waren nicht alle Volksparteiler, denn wir stehen hier vor dem

vereinigten bürgerlichen Parteien und da heißts für Klein mitgefangen, mitgehangen. Sie würden auch mit ihren früheren Bundesfreunden den Landbündlern, lieber heute als morgen Frieden schließen. Die lübsche Republik ist nichts anderes als eine Republik unter Herrschaft der Kaufleute und Advokaten, in der einzelne Geschlechter seit Jahrzehnten den Staat als ihre Futterkrippe betrachten. Wohin man blickt, hat der Liberalismus das Wahlrecht verschlechtert. Ich erinnere nur an Rixdorf, Bremen usw. Der konservative Wagner sagt sogar, daß Berlin in kommunalpolitischer Beziehung die rückständigste Stadt sei, und dort herrscht der Freisinn. Der Freisinn, der angeblich sachlich kämpfen will, verbindet sich mit dem Reichsverband, und selbst Herr Sommer verabfolgte diesem drei Danksagungen für die Wahlhilfe. Bei der Reichsfinanzreform war der Freisinn gewillt, 400 Millionen zu bewilligen, bei der ersten Beratung war er zu haben für die Besteuerung von Branntwein, Bier, Tabak, nur gegen die Form erhob sich Widerspruch. In der Steuerkommission war der Freisinn für die Branntweinliebesgabe zu haben, ja, er wollte mehr bewilligen als die Konservativen. Wiemer hat in dieser Frage eine bezeichnende Doppelzüngigkeit bewiesen, in Nordhausen trat er gegen und im Reichstag für sie ein. Der Freisinn trat für die Zuckersteuer ein, für die Erhöhung des Zolles auf ausländischen und Erweiterung der Steuer für inländischen Tabak. (Hört, hört!) Wenn nur die Erbanfallsteuer angenommen worden wäre, hätte der Freisinn die 400 Millionen neuer Lasten geschluckt. In der Kolonialpolitik hat sich der Freisinn ganz und gar gewandelt, er hat früher darüber so gedacht, wie wir heute noch denken, und ist jetzt in der Sackgasse festgeraten. Wenn die Liberalen vom Zukunftsstaat faseln, geht es ihnen wie vom Säuferwahnsinn Befallenen, die lauter weiße Mäuse an der Decke herumkrabbeln sehen. (Ein liberaler Herr Hasse gebärdet sich während dieser Rede wie wahnsinnig.) Gewiß enthält unser Programm alte liberale Forderungen; aber mit dem Unterschied, daß wir sie tatsächlich vertreten und die Liberalen sie nur auf dem Papier haben; das ist ganz besonders bezüglich des Wahlrechts der Fall. Dr. Görtz hat den Vorsitz in Ihrem Verein nur unter der Bedingung übernommen, daß das Programm der Fortschrittlichen Volkspartei in bezug auf das Wahlrecht für Lübeck ausgeschaltet wird. (Zuruf: Hört, hört!) Wo die Liberalen in der Macht sind, verstehen sie die Stellung auszunutzen. Die Freisinnigen treten je nachdem als Wasserstiefler oder Wadenstrümpfler auf. Auf dem Lande erscheinen sie als Sturmgesellen und wo die Macht in ihren Händen liegt, sind sie reaktionär bis auf die Knochen. Herr Sommer trat heute scharf gegen das Zentrum auf und sein Parteifreund Kopsch schrieb einem katholischen Priester, ob er zu einer Versammlung kommen dürfe, und solch ein Mann sitzt im Fraktionsvorstand. Die „Lübschen Anzeigen", das Blatt mit dem Vogel, wirft uns immer die Kurauer „Verbrüderung" vor, dabei beschließt der Freisinn in Flensburg mit dem Bündler einen Kuhhandel und Sommer verpflichtete sich schriftlich, in der Stichwahl unter Umständen für den Konservativen einzutreten. Das ist der Mannesmut der Liberalen. (Zuruf.) Ich bin nicht gekommen, um Ihnen Komplimente zu machen, sondern die gröbsten Verdrehungen dieser Redner richtig zu stellen. Sie werfen uns unsern früheren Jubel über den Ausgang der Wahl vor. Die glänzenden Erfolge der Nachwahlen und die steigende Einsicht der Wähler geben uns die beste Aussicht. Um die Lübecker Liberalen ist es schon so traurig bestellt, daß sie nicht einmal mehr ihren Parteisekretär halten können. Auch bei den verschiedenen Landtagswahlen haben wir unter schlechten Wahlrechten gute Erfolge erzielt, wir werden auch in Lübeck glänzend siegen, wenn Sie auch noch so sehr mit dem Schwert fuchteln. Die Wähler haben das Brett von 1907 nicht mehr vor dem Kopf. Wie kämpfen für eine große und gerechte Sache und Recht muß doch Recht bleiben. (Stürmischer Beifall.)

Kasch: Ich bedauere, daß die kostbare Zeit verloren gegangen ist durch Anführung von Dingen durch liberale Redner, die mit der Wahl nichts zu tun hatten. Wir hatten uns für eine Beteiligung an der Versammlung entschlossen, weil wir hofften, daß Klein endlich einmal zur Sache sprechen und sich mit dem beschäftigen würde, was die Wähler interessiert; statt dessen ritt er wieder seine Steckenpferde. Seine Wahlerlebnisse brauchte er nicht zu erzählen, das ist ein Unikum, daß ein Kandidat es für nötig hält, über alle Einzelheiten die Wähler zu unterrichten. So etwas gehört in die Parteiversammlung und nicht vor große Wählermassen. Wir sind zufrieden mit den von ihm in der Presse erzählten „durchschlagenden Erfolgen". Es zeugt von niedriger Einschätzung der Wähler, wenn Klein glaubt, all den läppischen „Kleinkram" hier vortragen zu müssen. In dem Weiberklatsch fehlte nur noch die berühmte Zeitungsfrau aus Stockelsdorf, mit der Klein auch hineingefallen ist. Klein bestreitet, gesagt zu haben, Schlomer sei ein Geschäftssozialist. Fest steht jedoch, daß Klein in der vorigen Stadthallen-Versammlung sich gründlich über Geschäftssozialisten ausgesprochen hat, und daß darüber auch in Israelsdorf geredet ist. Klein schiebt die Verleumdung auf andere Schultern — ich will glauben, daß er es nicht war — dann ist eben ein anderer der erbärmliche Wicht gewesen. Was er für sich beansprucht, sollte er aber auch Diez zugestehen. In bezug auf die nationalen Gewerkschaften war dessen Gedankengang in der Israelsdorfer Versammlung vollkommen richtig, und nach einer späteren entsprechenden Erklärung hätte sich Klein loyalerweise damit zufrieden geben sollen. In der Kurauer Angelegenheit hat Klein einen außerordentlichen Mangel an politischem Geschmack damit bewiesen, daß er die Sache ernst nahm. Wir übernehmen wenigstens keine Verantwortung weder für die Grogs noch für die Redensarten der Agrarier. Herr Klein kritisierte Stellings Äußerung, daß ihm eine konstitutionelle Monarchie lieber sei als als eine Republik vom Schage Frankreichs. Selbstverständlich! Ich ziehe sogar eine konstitutionelle Monarchie einer „liberalen" Republik vom Schlage Lübecks vor. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß wir uns verpflichtet fühlen, auf Monarchien und Monarchen ein Hoch ausbringen, wenn Hinz oder Kunz es wünscht. Herr Klein bemängelte unsern Bericht über die Post- und Telegraphenunterbeamtenversammlung, zu der Klein geladen, uns aber der Zutritt verwehrt war. Was er daran aussetzen kann ist lediglich, daß gewisse Worte einem Postillon in den Mund gelegt wurden, und der Mann kein Postillon war. Die Worte, die für Herrn Klein nicht schmeichelhaft waren, bestreitet er nicht. In Brodten hielt er sich über den „Zukunftsstaat" auf. Ich möchte ebenso wie mein Freund Radden den von Herrn Klein im Munde geführten nicht erleben, der nichts ist als ein ins Groteske verzerrter Abklatsch des heutigen Staates. In der Verurteilung der ekelhaften antisemitischen Agitation stimme ich mit Klein überein. Uns in Kleins und Behrens Kampf einzumischen, haben wir keine Ursache. Wenn wir mit den Rechtsstehenden kämpfen, gehen wir unsere Wege. Klein hat Behrens Partei Programmlosigkeit vorgeworfen, aber was nützt den Liberalen das Programm, wenn sie sich nicht danach richten, sich nur aufs Maulspitzen verlegen und nicht zum Pfeifen kommen. Klein redet von der Erbschaftssteuer. Nun — die Nationalsozialen, die s. Zt. Konkurs machten und mit Aktiven und Passiven von der Fortschrittlichen Volkspartei übernommen wurden, lagen einst in Fehde mit ihren heutigen Brüdern. Und da sagten diese ihnen: Hohe Erbschaftssteuern, wie die Naumänner verlangen, können nicht wie andere Steuern aus laufenden Einnahmen gedeckt werden, sondern vermindern das in der Volkswirtschaft vorhandene Kapital, von dessen Vermehrung entsprechend der wachsenden Bevölkerung die Produktion in allen Wirtschaftszweigen und damit die Arbeitsgelegenheit und der gesamte Nationalwohlstand abhängt. Auch in dieser Frage zeigt sich wieder das mangelnde Verständnis der Nationalsozialen für alle Fragen des Wirtschaftslebens. Keine Partei, weder eine konservative noch nationalliberale ist in solcher Weise wie die Nationalsozialen rücksichtslos versessen auf die Steigerung der Ausgaben für Heer, Marine und Kolonien. Keine Partei bietet wie die Nationalsozialen für diese Zwecke der Regierung wie in der Erbschaftssteuer eine halbe Milliarde neuer Steuern auf dem Präsentierteller dar. Den Agrariern wird diese Sache sicher Freude bereiten. Der von Klen beanstandete Wahlaufruf der sozialdemokratischen Partei kann selbstverständlich schon aus technischen Gründen nicht auf alle politischen Einzelheiten eingehen, das Programm steht ja jedem zur Verfügung. Genau so machen es alle Parteien. — Klein bekämpft den Wahlaufruf, weil er nach seiner Meinung mit dem Erfurter Programm im Widerspruch stehe, das ist ja eine rührende Fürsorge! Durch die Redensart über das Versammlungsrecht, das den Sozialdemokraten mehr Vorteile bringe als den Liberalen, hat Klein eingestanden, daß wir uns in einem Klassenstaat befinden, in dem Sie mehr Rechte besitzen. Den Vogel hat Klein abgeschossen mit der Kritik unseres Verhaltens zur elsaß-lothringischen Verfassungsfrage: Also — nicht einmal die Republik — zwei Kammern — der Kaiser hat Bestätigungsrecht usw., wie kann die Sozialdemokratie für ein derartiges Gesetz stimmen? Klein behauptet sogar, daß die Sozialdemokraten gesagt hätten, dies alles kümmere sie nicht. Das ist nicht wahr! Im Gegenteil, bei Beratung des Entwurfs haben wir unsere programmatischen Forderungen aufs äußerste verteidigt und schließlich für das Gesetz gestimmt, wie schon in vielen ähnlichen Fällen, weil damit ein besseres Wahlrecht als das geltende erreicht wurde. In Bayern waren wir leider gezwungen, mit dem Zentrum zu gehen, weil die Liberalen sich wehrten, ein gutes Wahlrecht zu schaffen! Wenn die Liberalen uns an solche Geschehnisse erinnern wollen, kann es uns nur angenehm sein. Sie verkünden damit nur ihre eigene Schande! Unsere Partei hat im Interesse der Arbeiter verständig gearbeitet; Ihnen wäre es freilich lieber gewesen, wenn sie dagegen gestimmt hätte, aber die Felle sind Ihnen weggeschwommen. (Der Liberale Hasse schreit fortwährend.) Das gefällt dem tanzenden Derwisch auf der Varietebühne allerdings nicht, der als Ewahu den Kurauer Agrariern nichts nachgibt! Klein behauptet ferner, wenn die Sozialdemokratie eine stärkere Vertretung im Reichstag bekäme, müßten wir uns vom Auslande alles gefallen lassen. Das ist die heutige Anschauung der Fortschrittlichen Volkspartei. In einem Flugblatt vom Jahre 1903 lautete es anders: „Im übrigen aber sind die Jünger Naumanns von dessen Ansichten durchdrungen, daß der Welthandel nicht auf den gegenseitigen eigenen Interessen der Völker, einem für beide Teile nutzbringenden Warenaustausch beruht, sondern auf der äußeren Macht, und daß daher der Warenabsatz von der Größe, Stärke und Zahl der Kriegsschiffe und ihrer schweren Geschütze abhängt. So äußerte auch Tischendörfer, der Reichstagskandidat für Lübeck, nach dem „Lübecker Generalanzeiger" jüngst in einer Rede, daß wir uns „durch eventuelle Anwendung von Gewalt unsern Platz auf dem Weltmarkte sichern müßten, wenn wir nicht überall verdrängt werden wollten. Denn, heutzutage sei jeder Mensch des andern Feind, jede Nation der andern Gegner." Aus dem Mangel jedes Verständnisses für wirtschaftliche Dinge, wie er in solcher Anschauungsweise hervortritt, erklärt sich auch der Fanatismus der Nationalsozialen für immer mehr Kriegsschiffe, mehr Kolonien und mehr Soldaten." Damals wurde ihr jetziger Kandidat richtiger taxiert als heute! Die Fortschrittliche Volkspartei ist auf das Niveau ihrer einstigen Gegner herabgesunken, wir sind dagegen konsequent geblieben und machen diesen Tanz nicht mit. Klein redete vom Umsturz. Ach — erst waren die Liberalen die „Reichsfeinde", die „Demagogen", die man mit allen Mitteln verfolgte. Sie konnten ihre Errungenschaften nur auf den Barrikaden des Jahres 1848 durchsetzen, mit dem Mittel der äußeren rohen Gewalt die Umgestaltung der damaligen Gesellschaftsordnung erzwingen. Die Welt kennt keine Partei, die solche Mittel nicht angewandt hätte. Grundstürzende Änderungen sind in der menschlichen Geschichte aber auch ohne Gewalt durchgeführt worden, ich erinnere nur an die Aufhebung der Leibeigenschaft vor hundert Jahren. Die damaligen Grundbesitzer werden nicht schlecht gewettert haben gegen die modernen, alles umstürzenden Ideen! Es gehört ein großes Maß geschichtlicher Unkenntnis oder Vergeßlichkeit dazu, angesichts solcher Tatsachen immer noch den roten Lappen zu schwenken. Ich erinnere an Portugal; dort war es das liberale Bürgertum, das dem König den Laufpaß gab, dabei zieht Klein diese Republik mit der sozialdemokratischen Auffassung einer solchen in Vergleich. Unter dem liberalen Regime können es die Arbeiter dort allerdings nicht besser haben. Klein behauptet, die ökonomische Entwicklung habe dem Kleinbetrieb nicht den Untergang gebracht. Wir brauchen nur die Entwicklung Lübecks anzusehen, um zu erkennen, wie diese Entwickelung zur Vernichtung ganzer Gewerbe geführt hat. Im Jahre 1828 waren z. B. in Lübeck noch 127 Brauereibetriebe, jetzt sinds noch 12 kleine und daneben 5 Aktiengesellschaften. Die ökonomische Entwicklung hat eben zum Großbetrieb geführt. In der Bezeichnung für bayerisches Bier in Norddeutschland als „Aktienbier" liegt das ganze Schicksal des Berufes, in dem in zwei Jahrzehnten über die Hälfte der Betriebe verschwand. Seit 1828 ist hier eine ganze Reihe selbständiger Gewerbe einfach verschwunden, ich erinnere nur an die mehr als 50 selbständigen Weber. (Zuruf: Genossenschaftsbäckerei!) Dies Wort aus dem Munde eines Hypnotisierten beweist nur, daß sich unter den Hunderttausenden von Großbetrieben auch zufällig ein solcher in Arbeiterhänden befindet. In Rheinland-Westfalen gibts viele große Bäckereibetriebe, die sich in Händen liberaler Kapitalisten befinden. Der Unterschied ist nur, daß in den Arbeiterbetrieben der erzielte Gewinn nicht in die Taschen einzelner fließt, sondern der Gesamtheit zugute kommt und daß die Arbeiter weit besser gestellt sind, als bei den liberalen Fabrikanten. Klein redete auch von Expropriation. Dabei wird tagtäglich expropriiert, auch der Postbetrieb, in dem sich Klein befindet, der Eisenbahnbetrieb entstanden auf die Weise. Erst vor wenigen Jahren wurde die Hansapost in den großen Postbetrieb aufgenommen. Die Expropriation, die Sie uns vorwerfen, ist also ein gut bürgerliches Mittel. Auch über die Internationalität denken vereinzelt Fortschrittler ganz vernünftig und verständig; nur in Lübeck ist mir noch kein solcher begegnet. Der badische Fortschrittler Muser sagte z. B.: Die Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die Aufhebung der Entfernungen, die engen Handelsbeziehungen zwischen allen Zonen sind starke Stützen des wachsenden Internationalismus. Die internationale Arbeitsteilung hat das Leben jedes einzelnen außerordentlich bereichert und geschmückt, wenn auch die wirtschaftliche Gesetzgebung in diesen Prozeß hemmend eingreift. Im Jahre 1869 hatte der gesamte Welthandel einen Wert von 29 Milliarden, 1907 waren es 135 Milliarden. Das Eisenbahnnetz der Erde hat bereits eine Länge von einer Million Kilometern. 12 000 Dampfschiffe durcheilen die Meere. Das Kapital ist stark internationalisiert. Überall in der Welt sitzen Schuldner und Gläubiger verstreut. Die einzelnen Staaten werden immer mehr aus ihrer isolierten Sonderexistenz gelöst und in immer engere Beziehungen zum Weltganzen gebracht. Die kommenden Generationen müssen immer zur Friedensbereitschaft erzogen werden, nicht nur in der Schule, sondern auch im Haus, vor allem durch die Mütter. Der amerikanische Botschafter David Hill, sagt, die Lehrbücher der Ethik müßten auch ein Kapitel über die internationale Moral enthalten; wenn man erst einmal einsehe, daß die moralischen Verpflichtungen nicht an den Landesgrenzen aufhören, sei schon viel erreicht. Der Satz „right or wrong, my country" ist ein Hordenstandpunkt, kein Kulturstandpunkt. Er wirkt nicht nur entsittlichend, sondern er ist auch vom praktischen Standpunkt aus so verkehrt als möglich. Wie im Privatleben, gilt auch im nationalen Verkehr das Wort: „Was du nicht willst, daß man dir tu', das füg' auch keinem andern zu." (Sehr richtig!) Patriotismus und Internationalismus miteinander zu versöhnen, die Köpfe der Menschen in diesem Geist zu erhellen und ihre Herzen zu erwärmen, wird immer mehr als hohe Menschheitsaufgabe erkannt werden." Klein verläßt sich in seiner Siegeszuversicht auf die sozialdemokratischen Mitläufer, bedenkt aber nicht, daß diese die Wegläufer der bürgerlichen Parteien sind. Klein behauptet, kein Beamter, Lehrer oder Privatbeamter dürfe sozialdemokratisch wählen. Er scheint also für diese Wählerklassen der Beichtvater zu sein, der ins Wahlgeheimnis schauen kann. Wir wissen, daß viele der Vorbezeichneten aus ihrer politischen Gesinnung ein Hehl zu machen gezwungen sind, gezwungen durch ihre Unfreiheit, durch die immer klirrende Kette. Bekennen sie offen, was sie denken, dann fliegen sie. Das ist natürlich kein Terrorismus! Klein beklagt sich stets über die unsanfte Behandlung durch den „Volksboten". Nun — Kleins Genossen fassen sich untereinander auch nicht mit Glacehandschuhen an, wie die letzten Bürgerschaftswahlen bewiesen haben. Sie glauben auch, der Sozialdemokratie alles zumuten zu dürfen. Nach der Wahl 1907 haben sie gegen die Wahl von Schwartz protestiert und — sicher mit Vorwissen Kleins — die Behauptung aufgestellt, daß in vielen Fällen widerrechtlich gewählt worden sei. Sie haben uns daraufhin in dürren Worten systematische Wahlfälschung vorgeworfen. Nicht ein Schimmer eines Beweises ist zutage getreten, trotzdem haben Sie bis heute die Beschimpfung nicht zurückgenommen. (Zuruf: Pfui!) Fälscher konnte Klein die Sozialdemokraten nennen lassen, wenn er aber wieder angegriffen wird, flennt er, als wäre er Insasse eines Damenpensionats. Kann er den scharfen politischen Wind nicht vertragen, dann soll er lieber zu Hause bleiben. Klein ist der offizielle Vertreter des Liberalismus aller Schattierungen, nicht nur der Fortschrittspartei; er ist persönlich haftender Teilhaber der Handelsgesellschaft „Bürgerlicher Liberalismus" und muß als solcher für alle deren Verbindlichkeiten aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aufkommen. Deshalb bemüht er sich auch, das Interesse der Wähler abzulenken von den großen politischen Fragen, weil er weiß, daß er das Schuldkonto decken muß für die Parteien, von denen er ins Feuer geschickt wird. Aber die Lübecker Wählerschaft wird die Sünden dieser Parteien im Reichstage nicht vergessen. Stirbt Klein am 12. Januar eines unrühmlichen politischen Todes, so stirbt er an der Vergangenheit seiner Parteien. Wir haben keine Ursache, unser Endziel zu verschleiern, wie uns Klein vorwirft, wir kämpfen auch in Lübeck gegen rechts, trotz der Kurauer Verbrüderung. Wir wünschen, daß das liberale Bürgertum geschlossen gegen uns auftritt, wir wollen eine scharfe Scheidung zwischen hüben und drüben, wir verzichten auf die, die nicht mit unserm Programm einverstanden sind. Wir wollen nichts verschleiern, sondern erklären offen: Wir fordern die Beseitigung der heutigen bürgerlichen Klassengesellschaft und an ihre Stelle die sozialistische Gesellschaft. (Langanhaltender, brausender Beifall.)

In seinem langstieligen Schlußwort suchte sich Klein nach Möglichkeit aus der Patsche zu ziehen, in die ihn die beiden sozialdemokratischen Redner gesetzt hatten. Die Vorredner hätten wissentlich Dinge verschwiegen, die sie vorbringen mußten. Ganz entschieden wende er sich gegen das Streikrecht der Eisenbahner. Dann hob Klein wieder seine Bürgerschaftstätigkeit besonders hervor. Die Sozialdemokratie habe für die Verbesserung des Wahlrechts nichts getan, nicht einmal fürs preußische. In sechs Jahren sei die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion nur einmal mit einer Vorschlag vorgetreten. (Zuruf: Unwahr! Genosse Wissell trat dafür ein!) Nein, Wissell sei nur für Schlutup eingetreten. Weiter erzählte Klein wieder von den in Aussicht gestellten Anträgen der Genossen Schwartz und Stelling, die immer noch auf sich warten ließen, und von dem unannehmbaren Wahlrechtsvorschlage für Unmündige. Für die Entrechtung der Arbeiter durch die Liberalen könnten nur drei Personen angeführt werden, die Liberalen seien damals noch nicht organisiert gewesen. Die Ablehnung der Wahl Stellings in den Bürgerausschuß falle den Liberalen nicht zur Last, die Sozialdemokraten hätten ja auch zwei Sitze bekommen, wenn sie die Schiebung mit Stelling nicht gemacht hätten. Wenn die zweibeinigen Tiere immer wiederkehrten, so zeuge das doch davon, daß der Reichsverband keine so schlechte Frucht sei, wie er von der Sozialdemokratie immer hingestellt werde. Die vom Gen. Kasch vorgeworfene Mauserung der Fortschrittler deutete Klein wie alles gegen ihn Vorgebrachte zu seinen Gunsten aus, nahm die bürgerliche Pastoren-Zeitungsfrau in Stockelsdorf in Schutz und warf zum Schluß noch einige ihm nicht in den Kram passende, nur die Arbeiterschaft angehende Angelegenheiten durcheinander, sodaß die Rede von den ungeduldig werdenden Zuhörern im Raum verhallte. Unter den brausenden Klängen des Sozialistenmarsches verließen um 1½ Uhr die Arbeiter die Versammlung. Als die liberalen Herren sahen, daß beim Abzug der überwältigenden Mehrheit nur wenige ihrer Angehörigen übrig blieben, schlossen sie die Versammlung.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Großer

Weihnachts-Verkauf

zu äußerst niedrigen Preisen.

Ia. Hemdentuch.

10 Meter-Kupons: Marke Hansa 3^{85}
Marke Iduna 5^{25}

Vorzüglich in der Wäsche.

Ia. Renforcé.

10 Meter-Kupons: Marke Frauenlob 4^{50}
Marke Fortuna 5^{25}

Das Beste in der Wäsche.

Spezial-Handtuch.

Reinleinen.

7 Meter-Kupons, ½ Dtz. 5^{25} 14 Meter-Kupons, 1 Dtz. 10^{50}

Das Beste in der Wäsche.

Tischtücher und Servietten

in grosser Auswahl.

Handtücher und Küchentücher

zu sehr billigen Preisen.

Spezial-Bettlaken.

Haltbarstes Flachsgarn, Halbleinen, bewährtes Fabrikat.

Vorzüglich in der Wäsche. 145 Stück 4^{25}
250 ½ Dtz. 25^{00}

Bett-Bezüge.

Weiß gestr. Satin ..	3^{95}	4^{50}	5^{00}
Weiß Damast	4^{25}	5^{10}	6^{45}
Bunte Satin Augusta	3^{75}	4^{25}	5^{00}

Bettlaken.

2^{15} 2^{85} 3^{50}

Bettdecken.

2^{50} 3^{75} 5^{25} und besser.

Leibwäsche.

Damen-Taghemden mit Achsel- und Vorderschluß ..... 1^{45} 1^{75} 2^{25}

Damen-Nachthemden mit Languette und Stickerei 4^{25} 5^{00} 6^{50}

Damen-Beinkleider 1^{55} 2^{00} 2^{35}

Herren-Tag- u. Nachthemden.

Knaben- u. Mädchenhemden.

Kinder-Nachthemden.

Mädchen-Beinkleider in grosser Auswahl.

Schürzen in jeder Art.

Frisierjacken, Unterröcke, Taschentücher.

Neu aufgenommen:

Waschechte Servierkleider

3^{50} 4^{10} 4^{50} 4^{75}

Ind. Mull, weiß und farbig

Meter **68** und **95** Pfg.

Posten Schlaf- u. Steppdecken

zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Beachten Sie mein Fenster. **4% in bar** oder Marken. **Streng reelle Bedienung.**

Pauline Karstadt

Carl Karstadt Ww.

Holstenstrasse 20.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich am Mittwoch, dem 13. d. M., **Marienstraße 6, Ecke Schwartauer Allee,**

ein Spezialgeschäft in Konfitüren, Tee, Kakao, Kaffee, feinster Meiereibutter, ff. Aufschnitt, Weinen etc., im separaten Laden **ein Fisch-, Delikatessen- und geräucherte Fischwaren-, Käse- und Margarine-Geschäft** eröffne.

Es wird mein eifriges Bestreben sein, die mich beehrende Kundschaft zur besten Zufriedenheit zu bedienen.

Hochachtungsvoll **J. H. Arfft.**

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Auf Beschluß der General-Versammlung vom 7. Dezember 1911 erhalten die Mitglieder **1 Prozent Rückvergütung** und außerdem laut Statut **3 Prozent Rabatt,** zusammen also

4 Prozent Rückvergütung

für im Geschäftsjahr 1910/11 entnommene Waren. Die Auszahlung dieser Rückvergütung, wie der ebenfalls **4 Prozent betragenden Zinsen für die Geschäftsguthaben** erfolgt am

Dienstag, dem 12., Mittwoch, dem 13. u. Donnerstag, d. 14. Dezember 1911

während der Geschäftsstunden in den Warenabgabestellen gegen Abgabe der bei der Markenablieferung erhaltenen Quittung.

An Kinder wird nicht ausbezahlt.

Der Vorstand.

Die Ursachen der heutigen Teuerung

werden verschieden erklärt. Sicher ist, dass die sparsame Hausfrau sich heute möglichst einrichten muss. Statt der teuren Butter wählen sie unsere erstklassigen Margarine-Spezialitäten

„Unser Ruhm"

und **„Rowitt"**

oder unsere feinste Pflanzenbutter-Margarine

„Herba"

Sämtliche Marken verbürgen feinste Qualität, sind nach eigenem Verfahren aus nur besten Rohstoffen hergestellt und infolge ihres lieblichen Geschmackes und ihrer Bekömmlichkeit von bester **Meiereibutter** kaum zu unterscheiden, im Gebrauch aber wesentlich **billiger.**

Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:

Rositzky & Witt, G. m. b. H., Altona-Ottensen.

Wir empfehlen als gute Unterhaltungslektüre:

Kapt. Marryats Werke 2 Bände eleg. gebund. Mk. **3.—**

Ch. Dickens ausgewählte Werke

2 Bände, elegant gebunden Mk. **3.—**

Ferner sind wieder eingetroffen:

Fritz Reuters Werke

in 2 Bänden, elegant gebunden Mk. **3.—**

Als Nachschlagebuch:

Der Ratgeber für das praktische Leben.

Elegant gebunden Mk. **2.75**

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 290. Dienstag, den 12. Dezember 1911. 18. Jahrg.

Der Aufmarsch zu den Reichstagswahlen in Ostpreußen.

Ostpreußen mit seinen siebzehn Wahlkreisen ist eine Domäne der Großgrundbesitzer. Industrie ist wenig vorhanden, und die bestehende macht nur sehr geringe Fortschritte. In den Städten ist — abgesehen von einigen größeren — von einem wirtschaftlichen Aufschwung nichts zu spüren. Einige Städte haben einen Rückgang der Bevölkerung zu verzeichnen. Die Gemeindesteuern in den meisten Städten sind sehr hoch. Bis zu 400 Prozent Zuschlag zur Staatseinkommensteuer werden erhoben. Das platte Land steht fortgesetzt im Zeichen der Landflucht. Als Ersatz holen sich die Agrarier Ausländer, die zu tausenden Ostpreußen bevölkern.

Bis vor wenigen Jahren galt Ostpreußen als uneinnehmbarer Besitz des schwarz-blauen Blockes. Im Jahre 1907 eroberten die Konservativen im ersten Wahlgange dreizehn, das Zentrum zwei Mandate, von den beiden letzten fiel eins den Nationalliberalen, das andere dem Freisinn zu; die Sozialdemokratie ging leer aus. Der Freisinn hat lange Jahre hindurch aus Mangel an Mitteln keinen ernsthaften Kampf gegen die Konservativen geführt. Hatte er hin und wieder in der Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Konservativen zu entscheiden, so schwenkte er mit den meisten Truppen nach rechts. Die Nationalliberalen haben früher die Konservativen auch nicht ernsthaft bekämpft. Im Jahre 1903 gelang ihnen durch Überrumpelung, den Wahlkreis Osterode-Neidenburg zu holen, und 1907 nahm Schwabach mit seinem Gelde den Konservativen den Wahlkreis Memel-Heydekrug.

Jetzt ist die Situation eine völlig andere. Als im Jahre 1909 die Konservativen sich mit dem Zentrum verbrüderten, entstand in ihrem ostpreußischen Lager eine heftige Opposition, die die Nationalliberalen auszunutzen verstanden. 1910 wurde Oletzko-Lyck-Johannisburg von den Nationalliberalen erobert, und der Bauernbund begann eine rührige Agitation, während der Hansabund den Freisinn mit Mitteln ausstattete und ins Feuer schickte. Der Erfolg blieb nicht aus. Dem Fortschritt gelang es mit Hilfe der Sozialdemokraten, Labiau-Wehlau den Konservativen abzunehmen.

Diese Erfolge haben die Liberalen veranlaßt, in zahlreichen ostpreußischen Kreisen ihre rührige und natürlich auch sehr kostspielige Agitation zu verdoppeln. In einer Reihe von Kreisen gehen die Nationalliberalen mit den Fortschrittlern gemeinsam vor. Diese haben in sieben Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Die Sozialdemokraten berennen neun Wahlkreise. Es ist den Liberalen nicht gelungen, sich in allen für sie in Betracht kommenden Wahlkreisen zu gemeinsamem Vorgehen zu einigen. So halten die Nationalliberalen in Tilsit-Niederung nach wie vor zu den Konservativen, und in Insterburg-Gumbinnen haben sie neben dem fortschrittlichen einen eigenen Kandidaten aufgestellt. Sowohl die Nationalliberalen wie auch die Freisinnigen haben in jedem Wahlkreise, den sie bearbeiteten, ihre Parteisekretäre, von denen eine Reihe bereits seit Jahr und Tag intensiv tätig sind. Daneben haben die Liberalen noch die Presse ausgebaut. Es sind Blätter aufgekauft und in den Dienst der „liberalen Sache" gestellt worden. Die ostpreußischen Nationalliberalen unterscheiden sich von den Konservativen nur durch den Namen; sie erscheinen mit Kandidaten auf dem Plan, die kurze Zeit vorher noch im konservativen Lager standen. Sie haben den schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratie proklamiert und wiederholt erklärt, daß sie in der Stichwahl unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie stimmen würden.

Ob es nun diesen Nationalliberalen gelingen wird, den Konservativen eine Anzahl Mandate abzunehmen, ist fraglich. Bezweifelt wird sogar, daß sie Oletzko-Lyck halten können. Es sind eine ganze Anzahl „Rebellen" zu den Fleischtöpfen der Konservativen zurückgekehrt. Die Agrarier sehen ein, daß sie bei diesem Kampf zwischen Konservativen und Nationalliberalen nur ihre Interessen schädigen. Die „Leute" werden dadurch etwas politisch aufgeklärt, ja „verhetzt", gegen die Arbeitgeber aufgebracht und davon haben auch die Nationalliberalen auf die Dauer keinen Nutzen. Man fragt sich auch, ob es der Zentrale, insbesondere den Scharfmachern der nationalliberalen Partei, sehr erwünscht ist, daß den Konservativen in Ostpreußen ein so scharfer Kampf geliefert wird. Denn daß auf diese Weise in anderen Gegenden, wo die Nationalliberalen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie die Konservativen sehr notwendig brauchen, das Verhältnis zwischen diesen beiden „nationalen" und schutzzöllnerischen Parteien sehr verschlechtert wird, ist ganz klar. Und von einer erheblichen Schwächung der Konservativen und einer großen Verstärkung der Sozialdemokratie haben die Nationalliberalen keinen Nutzen.

Die Fortschrittler versuchen mit allen Mitteln, in Ostpreußen Mandate zu erringen. Sie treten als Schutzzöllner auf und gebärden sich als überaus „königstreu". Aus eigener Kraft können sie nirgend siegen. Möglich ist, daß sie ein oder zwei Mandate mit Hilfe der Sozialdemokratie den Konservativen abnehmen können. Sie werden wahrscheinlich auch in die Lage kommen, zwischen Sozialdemokratie und Konservativen zu entscheiden, und man wird ja dann sehen, ob es ihnen wirklich ernst ist mit der Bekämpfung des schwarz-blauen Blocks.

Das Zentrum wird seine beiden ermländischen Kreise behalten. Der eine ist ihm völlig sicher, der andre, Allenstein-Rössel, könnte ihm unter Umständen abgenommen werden, wenn hier die Nationalliberalen in eine lebhafte Agitation eintreten würden. Aber die Nationalliberalen haben kein Interesse daran, einen Zentrumswahlkreis zugunsten der — Polen in Gefahr zu bringen.

Die Polen haben in Ostpreußen in den letzten Jahren an Zahl erheblich zugenommen. Das wird auch bei den Wahlen zum Ausdruck kommen. Aber ein Mandat werden sie nicht holen.

Die Konservativen haben in vierzehn Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Im Wahlkreis Tilsit-Niederung getrauen sie sich nicht mehr mit offener Flagge zu marschieren; dort haben sie sich hinter die Freikonservativen gesteckt und versuchen das Mandat dadurch zu halten, daß sie den früheren preußischen Staatsminister von Moltke, ehemaligen Oberpräsidenten von Ostpreußen und Ehrenbürger der Stadt Tilsit als Kandidaten auftreten lassen. In Memel-Heydekrug haben die Konservativen ihre Banner völlig eingezogen; sie unterstützen hier einen Littauer, der Herrn Schwabach aus dem Felde schlagen soll. Daß die Konservativen in Ostpreußen diesmal Mandate einbüßen werden, steht zweifellos fest. Nicht so sicher ist, wer diese Kreise holen wird.

Die Sozialdemokratie rechnet mit Bestimmtheit darauf, daß sie den Wahlkreis Königsberg-Stadt, den sie bei den letzten Wahlen an den Freisinn abtreten [illegible] zurückerobern wird. Und zwar soll ein glänzender Sieg erzielt werden. Die Aussichten sind vorzüglich und durch den großartigen Erfolg bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen noch mehr gewachsen. In Königsberg ist infolge der Entfestigung die wirtschaftliche Konjunktur im Steigen begriffen. Partei und Gewerkschaften sind erheblich gewachsen und vor allem innerlich erstarkt. Dazu kommt, daß die Gegner nicht geschlossen vorgehen. Obwohl Herr Gyßling, der fortschrittliche Vertreter der Stadt Königsberg, in diesem Frühjahr öffentlich um die Stimmen der Konservativen gebettelt hat, haben diese Konservativen eine eigene Kandidatur aufgestellt, und das Zentrum wird dasselbe tun. In die Reihen der Fortschrittler ist Mutlosigkeit, Zerfahrenheit eingekehrt. Es wäre aber falsch, sich einzubilden, daß der Sieg leicht zu erringen ist. Es wird der größten Anstrengungen bedürfen, um das Mandat der Sozialdemokratie zurückzuholen und die Königsberger Genossen werden alles daran setzen müssen, wenn sie einen Triumph über die Gegner erreichen wollen.

Wie weit im übrigen Ostpreußen die Sozialdemokratie Mandate erringen kann, ist jetzt nicht zu sagen. Es hat auch keinen Zweck, darüber Betrachtungen aufzustellen. Hier heißt es lediglich arbeiten, und zwar hart arbeiten, um erst einmal die Scharte von 1907 auszuwetzen. Denn damals hat die Partei — obwohl sie in Königsberg 3000 Stimmen gewann — 10 000 Stimmen verloren. 1903 brachte sie es auf 55 331 Stimmen, und im Jahre 1907 wurden für die Sozialdemokratie 44 739 Stimmen abgegeben. Die nationale Phrase hatte in Ostpreußen besonders stark gezogen.

Die Partei hat in den meisten Kreisen mit den bestehenden Zählkandidaturen gebrochen. Daß ihrem Vordringen von den Gegnern die größten Schwierigkeiten bereitet werden, ist selbstverständlich. In nur wenigen Kreisen stehen uns Versammlungslokale zur Verfügung. Eine Agitation auf dem Lande mitten im Winter ist ohnehin schwierig. Die Gegner werden außerdem noch kurz vor den Wahlen alle Minen springen lassen und mit Versprechungen, Geld, Bier, Schnaps, Maßregelungen und Bedrohungen arbeiten. Sie werden auch versuchen, das Wahlgeheimnis zu brechen und — trotz des Erlasses des Ministers — Zigarrenkisten, Suppenschüsseln und ähnliche Gefäße als Wahlurnen benutzen. Aber trotz alledem wird die Sozialdemokratie auch auf dem Lande in Ostpreußen vorwärts kommen. Viele Arbeiter haben erkannt, wie sehr sie 1907 betrogen worden sind, und die neuen Steuern haben zahlreiche ostpreußische Landarbeiter rebellisch gemacht. Jedenfalls wird das klassenbewußte ostpreußische Proletariat seine ganze Kraft einsetzen, damit der 12. Januar auch ein Ehrentag für die Sozialdemokratie Ostpreußens wird.

Seebären.

Erzählung von Gustaf Janson.
Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Jeder andere als Kapitän Strand hätte natürlich wegen seiner „unmotivierten Saumseligkeit" — das ist die übliche Formel — höflich um Verzeihung gebeten, und bereitwilligst versprochen sich auf den Glockenschlag einzufinden. Ob man später diesem Versprechen nachkommt, ist eine andere Sache.

Käpitän Strand tat nichts dergleichen. Er knöpfte ruhig seine Joppe auf und zog eine alte Brieftasche heraus, deren Inhalt außer einigen Zeitungsausschnitten, bezahlten Rechnungen und unbrauchbaren Papierfetzen nur aus zehn Kronen von der im Lande gangbaren Münze bestand.

„Das ist ja wahr", meinte er mehr ehrlich als diplomatisch, „ich bin zurzeit man schlecht bei Kasse."

Der wohlwollende Gesichtsausdruck des Hausbesitzers verwandelte sich in ein Grinsen, das teils Furcht vor einem zu unserer Zeit ganz unnötigen Verlust, teils tiefes Mißtrauen gegen den Mieter besagte.

Der Kapitän hatte sich niemats als Pysiognomist ausgezeichnet, aber diesmal las er unangenehm recht in den Zügen des andern.

„Glauben Sie, daß ich nicht bezahlen will, was?" schrie er wütend und stellte sich in Position zum Boxen.

„Bester Herr . . . Herr Kapitän, mein Magen ist etwas empfindlich . . . mein . . . Herr Kapitän . . . ! Der Hausbesitzer retirierte vorsichtig einige Schritte.

„Glauben Sie denn, daß ich es nicht kann, was?"

„Um vier . . . präzise um vier Uhr erwarte ich Sie, Herr Kapitän. Bis dahin, gehorsamer Diener!"

Der Hauswirt hatte eine ganze Treppe zwischen sich und den Mieter gebracht, der Kapitän sah ungefähr aus, als wenn das der geeignetste Abstand wäre.

„Das ist mir der Rechte", knurrte Kapitän Strand erbost und steckte sein im Verhältnis zum Mietebetrag leeres Taschenbuch wieder an seinen Platz und ging in seine Wohnung. Das erste, was er tat, war, daß er die Kommodenschiebblade untersuchte, in die er meistens sein kontantes Geld hinwarf. Das nächste war, daß er eine ganze Weile über seinen verdammten Mangel an Voraussicht fluchte. In der Schublade war nichts als Silbergeld; er hatte vergessen, daß die bei jedem Quartalswechsel übliche Zufuhr diesmal unterblieben war.

Es war just an geringfügigen Dingen, am blinden Riff der täglichen Sorgen, an denen Kapitän Strand nach dem Willen des Schicksals, nach allen Mühen eines langen Lebens scheitern sollte. Geld leihen war niemals in seiner Praxis vorgekommen, immer nur an andere verleihen. Ihm fehlten sogar die bloße Andeutung jener Eigenschaften, mit deren Hilfe ein gewöhnlicher Mensch unter gewöhnlichen Umständen sein Lebensschifflein vorwärts kreuzt. Wären seine Nichten nicht dagewesen, wäre er sicher schon gekentert. Mit einer Raschheit, die davon redete, daß sie dergleichen schon früher gesehen, griff Maria ein. Das chinesische Service wurde in einige Körbe gepackt, und nachdem die Nichte zwei Stunden unterwegs gewesen, brachte sie statt dessen zweihundert Kronen nach Hause.

„Prachtdirn," stammelte der Kapitän, der bestürzt und unruhig in einer Ecke seines großen Ledersofas gesessen, und nicht mal imstande gewesen war, seine Pfeife in Brand zu halten, so sehr war er von Schreck und Scham geschlagen über diese unbegreifliche Schwierigkeit, die ihn fast erdrückt hatte.

„Und ich hatte doch versprochen . . . Euch zu helfen." Die Tränen traten ihm in die Augen; und er strich Marie zärtlich über das blonde Haar. „Pracht . . . . . Prachtdirn!"

Fünf Minuten später klingelte er bei dem Hausbesitzer und genau beim Schlage vier kam er breitbeinig und vergnügt wieder heraus.

„Ich schmiß ihm die Scheine auf den Tisch hin und sagte: Was Deuwel, Herr, wie konnten Sie sich unterstehen zu glauben, daß Manne Strand irgend wen auch bloß um ein Öre betrügen will. Ta ta ta, antworten Sie gar nichts, Herr, Sie meinten es vorhin, und so was laß ich mir nicht bieten. Lassen Sie das 'n ander mal bleiben, das will ich Ihnen hiermit in aller Freundschaft gesagt haben. Auf Manne Strand ist immer Verlaß gewesen, und so lang wie er lebt, soll das auch so bleiben. Danke. 'n Quittung brauch' ich nicht, ich mißtrau keinem Menschen. — Na, dem hab' ich's ordentlich gegeben."

Woher es kam, läßt sich schwer sagen, ein Faktum war es indes, daß sich die wenigen Freunde, die dem Kapitän übrig geblieben, nach und nach von ihm zurückzogen. Die Waschfrau, die sonst mit kurzen Unterbrechungen sein Lob zur Zeit und Unzeit erschallen ließ, fing an, ihn wie ihresgleichen zu behandeln und rümpfte die Nase, wenn er wie sonst der kleinen Anna die Backen streicheln wollte. Seine Liebkosungen waren jetzt nie mehr von kontanten Beiträgen begleitet, und da meinten sie wohl, daß sie und das Kind auch ohne die fertig werden konnten.

Das — um die Sache beim rechten Namen zu nennen — Lächerlichste geschah indessen, als ich eines Tages den Tischler auf dem Hof überraschte, während er einigen dankbaren Zuhörern beteuerte, der Kapitän sei doch ein richtiger Lump.

„Er hatte mir versprochen, daß er auch dies Quartal die Miete für mich bezahlen wollt', aber glaubt Ihr, daß er Wort hielt? Hat sich was. Er drückte mir 'nen lumpigen Zehner in die Hand, aber wie weit kommt einer damit? Er sollt' sich schämen, 'nen armen Mann auf die Art zum besten zu haben."

Wir Menschen sind, wenn nicht gerade schlecht, doch jedenfalls ein wenig schlapp in unserm Urteil, die Zuhörer fanden es wirklich höchst erbärmlich von dem Kapitän, daß er so reinweg einen andern betrogen, der ihm doch nichts zu leide getan hatte.

„Und auf den filzigen Kerl hab' ich mich mehrere Tage verlassen," keifte der Tischler, den die allseitige moralische Unterstützung, die ihm zuteil wurde, noch mehr in Eifer brachte. „Aber hat er sich um mich gekümmert? Jawohl, prost Mahlzeit! Ich wollt' auch nichts sagen, wenn er mir nicht schon 'n paarmal unter die Arme gegriffen hätt', daß ich mich nu sozusagen auf ihn verlassen hatte, bis denn der Wirt runter kam und 'nen geäßlichen Spektakel machte. Und all das hat man davon, weil man an einen Menschen glaubt, der sich von morgen bis abend mit seiner Ehrlichkeit dick tut. Die ehrlichen Leute sind weiß Gott heutzutage leicht gezählt. Na, ich will dem Alten im Flur eins gehörig die Wahrheit sagen. Ich bin ein ordentlicher Mann und brauch mich nicht zum Narren halten zu lassen. Soll mich der Hauswirt da runter machen, bloß weil mich so 'n Kapitän Strandsatt*) anführen tut. Ha, ha, ha."

Der Tischler hielt gewiß Wort und las dem Kapitän den Text; denn am Nachmittag schrapte dieser all sein kontantes Geld zusammen und nahm es mit sich.

„Das ist unser letztes," sagte Maria düster. „Wenn Du alles nimmst, müssen wir heut' abend ohne Essen zu Bett gehn, Onkel."

„Denn müssen wir das wohl, mein Dirn." Damit ging er fort und warf dem Tischler das Geld ins Gesicht. „Hier, da nimm, Du Taugenichts!"

„Damit ist's jetzt Zeit," murrte der Tischler, nachdem er vorsichtigerweise die Scheine an sich genommen hatte. (Fortsetzung folgt.)

*) Auf den Strand gesetzt, sig. in der Patsche.

Der Raubkrieg.

Der türkische Kriegsminister hat am 6. Dezember vom Kommandanten von Tripolis eine Depesche erhalten, wonach ein italienischer Angriff gegen Suk el Djuma mit vollständigem Rückzug der Italiener geendet habe. Die Italiener hätten über 400 Tote und eine Anzahl Verwundeter am Platze gelassen, während auf türkischer und arabischer Seite zwanzig Mann getötet und etwa dreißig verletzt worden seien. Nach einer Depesche von Enver Bey ist es bei Biruld Djemal, in der Umgebung von Derna, zu einem Kampf mit Italienern gekommen, in dem diese 200 Tote, die Araber einige Tote und Verwundete gehabt hätten. Der Kommandant von Benghasi meldet, daß sich die Italiener innerhalb der Stadtwälle in der Defensive hielten.

„Jeni Gazetta" hat eine Depesche aus Tripolis erhalten, wonach der Tuaregstamm der Tibbus eifrig Freiwilligenkolonnen bilde, die nach der Küste marschieren. — Der Sultan hat 3000 Pfund für die Familien der bei den Kämpfen in Tripolis gefallenen Soldaten und Freiwilligen gespendet.

Weitere Nachrichten vom Kriegsschauplatz sind nicht von Belang. Der „Secolo" meldet aus Kairo, türkische Soldaten der Garnison Sollum seien auf ägyptisches Gebiet übergetreten und hätten sich erst auf Einspruch von Hunter Pascha zurückgezogen. England habe dagegen bei der Pforte protestiert.

Nach Blättermeldungen wird der Beschluß bezüglich der Ausweisung der Italiener auch auf die befestigten Städte an der Adria und die Inseln des Archipels Anwendung finden. Es handelt sich nicht um eine Ausweisung der Italiener, sondern um eine Entfernung in andere Landesteile.

In den letzten Nächten erschienen wieder drei bis vier italienische Kriegsschiffe im Golfe von Saloniki. Sie näherten sich den Befestigungen von Karaburnu auf eine Entfernung von vier Seemeilen und beleuchteten die Befestigung mit ihren Scheinwerfern, worauf sie wieder abdampften.

Die Kapitalisten beginnen, den Profit aus dem Völkermord zu ziehen.

Rom, 10. Dezbr. Die Bank von Italien, die Bank von Neapel und die Bank von Sizilien sind durch Dekret ermächtigt worden, in Tripolis, Benghasi und anderen Orten von Tripolitanien und Cyrenaika, wo ein Bedürfnis vorliegt, Zweigniederlassungen zu gründen. Italien plant ferner eine Heeres„ergänzung". Bemerkenswert ist die starke Vermehrung der Gebirgs- sowie Festungsartillerie. Wegen Lieferung von 93 Rohrrücklauf-Feldbatterien schweben Verhandlungen mit Krupp und Schneider in Creuzot. Das Parlament hat dafür 50 Millionen bewilligt.

In Mazedonien regiert die Bombe weiter. Auf der Bahnstrecke Saloniki—Uesküb sind zwischen Strumitza und Demirkapu von einem Streckenwärter kurz vor der Ankunft eines Postzuges zwei Bomben entdeckt und entfernt worden. In Monastir ist eine Frau, die zwei Bomben bei sich trug, verhaftet worden.

Bezüglich der Dardanellenfrage wird berichtet: „Alle russischen Dementis vermögen gegenüber der Wucht der Tatsachen nicht standzuhalten. Es ist ein Spiel mit Worten. Das russische Verlangen nach Öffnung der Meerengen für die russische Kriegsflotte, während diese für die Flotten der anderen Mächte auch ferner verschlossen bleiben sollen, steht in Wirklichkeit in einem vorgeschritteneren Stadium, als es durch eine Verbalnote zum Ausdruck gelangen könnte. Zu dem bereits gemeldeten Kompensationsanerbieten gehört auch der Verzicht auf die Kriegsindemnität von 1878 sowie der Verzicht auf die Kapitulationen. Die Pforte ist jedenfalls entschlossen, falls Rußland auf seinem Verlangen besteht, an die Mächte zu appellieren." Bezüglich der Stellung Englands heißt es: Sir Edward Grey äußerte sich in einer Besprechung mit dem türkischen Botschafter in London folgendermaßen: „Mag die russische Regierung für das den russischen Kriegsschiffen zu gewährende Durchfahrtsrecht durch die Meerengen ein noch so günstiges Anerbieten machen, die Tatsache bleibt doch bestehen, daß eine Öffnung der Meerengen für den gesamten Frieden eine neue Gefahr bilden müßte. Es ist daher erforderlich, daß unter allen Umständen die Meerengen-Verträge eingehalten werden." Von anderer Seite wird behauptet, England habe zu den russischen Forderungen bisher noch keine Stellung genommen.

Die Revolution in China.

Friede in Sicht? Einer Reutermeldung aus Hankau zufolge wurde dort am Sonnabend der Waffenstillstand auf weitere 15 Tage bis zum 24. Dezember, verlängert. Er erstreckt sich über das ganze Feld der militärischen Operationen, mit Ausnahme der Provinzen Schansi, Schensi und Szeschnan, wo es unmöglich ist, den Feindseligkeiten Einhalt zu gebieten. Doch kam man überein, daß beide Seiten während des Waffenstillstandes weder Verstärkungen noch Munition nach diesen Provinzen senden dürfen. Die Hoffnungen auf eine Verständigung steigen, da die Revolutionsführer in Nanking und Wutschang einsehen, daß die Fortsetzung der Feindseligkeiten und der Mangel einer stabilen Zentralregierung die Integrität der Provinz und abhängigen Staaten an den Grenzen gefährden würden. Um seine Stellung weiter zu befestigen, hat Juanschikai seinen Schützling, den chinesischen General Fengkuotschang, der Hanjang zurückeroberte, zum Nachfolger des Bruders des Regenten, Prinzen Tsaitao, im Kommando der kaiserlichen Mandschugarden ernannt. Juanschikai macht energische Anstrengungen, um die in Sianfu eingeschlossenen Ausländer verschiedener Nationalitäten zu retten.

Tangschaosi ist nach Wutschang ausgebrochen und von Juanschikai bevollmächtigt, mit den Aufständischen zu verhandeln. Die Regierung glaubt, daß die Rebellen die beschränkte Monarchie annehmen, aber auch bereit sein werden, einen Vergleich einzugehen. Die ausländischen Gesandtschaften neigen der Ansicht zu, daß das Ende des Aufstandes bevorstehe. — Die Kaiserlichen nahmen Tatangfu wieder ein, die dortigen Aufständischen wurden zerstreut und zogen sich nach Tatyanfu zurück.

Aus den Yangtsestädten wird gemeldet, daß der neue vierzehntätige Waffenstillstand nicht endgültig abgeschlossen, vielmehr nur eine Waffenruhe für kürzere Frist vereinbart wurde. Währenddessen sind Truppenbewegungen erlaubt.

Die „Agence d'Extreme-Orient" meldet aus Peking: Juanschikai hat sich noch nicht vor der Nationalversammlung gezeigt, unter dem Vorwand, daß er sein Regierungsprogramm noch nicht fertiggestellt habe.

Die chinesische Schiffahrtsgesellschaft der Kaufleute hat ihre Barkenflotte mit einer Hypothek von 1 Million Taels (3 Millionen Francs) belastet. Von dieser Summe werden 1 Million Taels zur Unterstützung der revolutionären Bewegung verwandt werden. Die Stadt Kanton hat 100 000 Taels zur Unterstützung der Revolutionäre gegeben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 12. Dezember.

„Blumenkranz", wie der rechtsstehende lübische Kandidat von seinen ehemaligen Berufsgenossen genannt wird, erfreut sich anhaltender wohlverdienter Liebe des offiziellen Zentrums. In seinem bisherigen Wahlkreis, Wetzlar-Altenkirchen, will das Zentrum, das voriges mal fast 7000 Stimmen aufbrachte, auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichten und gleich im ersten Wahlgange für den jetzigen christlichen Bergarbeiter eintreten. — Ein eigenartiges Bild: In Wetzlar unterstützen die Katholiken den evangelischen Zentrumskandidaten, der in Lübeck gegen den katholischen Liberalen ins Feld geführt wird! Da fällt einem die triviale lübische Redensart ein: Et geiht narms bunter tau, as inne Welt!

Die Wahlagitation auf dem Landgebiete. In einer in Travemünde am Sonnabend im Kolosseum stattgefundenen sehr zahlreich besuchten Wählerversammlung referierte Reichstagskandidat Gen. Theodor Schwartz über die bevorstehende Reichstagswahl. Redner wies einleitend darauf hin, daß Klein sich bemühe, den Wählern mit der Ausmalung des „sozialdemokratischen Zukunftsstaates" mit Miliz und ähnlichen Dingen den Kopf zu verwirren, damit sie den Gegenwartsstaat gänzlich aus dem Gesichtskreis verlören. Diese kannegießende Politik möge am Biertisch und im Kaffeeklatsch am Platze sein, in einer Wählerversammlung aber nicht. Hier müsse der sich um ein Reichstagsmandat Bewerbende den Wählern gegenüber klar und deutlich zum Ausdruck bringen, welche Stellung er zu den Fragen nehmen werde, die den Reichstag in der kommenden neuen Legislaturperiode voraussichtlich beschäftigen werden. Das habe Klein aber bisher vermieden. Wohl habe man versucht, die Wähler für die uferlose Kolonial- und Weltpolitik zu begeistern, für den beschleunigten Ausbau der Flotte Stimmung zu machen, dabei aber ganz vergessen, den Wählern nun aber auch zu sagen, woher die Mittel genommen werden sollten, die ins Ungeheure steigenden Ausgaben zu decken. Er — Redner — bekenne frei und offen, daß er, wie immer auch jetzt ein Gegner jeder indirekten, nur die Schultern der minderbemittelten Volksklassen belastenden Steuer sei. Den Vorwurf, er wolle das Reich wehrlos machen, weise er zurück, denn würde man an Stelle der indirekten eine progressiv steigende Reichsvermögenssteuer einführen, so könnten die Ausgaben nicht allein gedeckt werden, sondern es sei auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß, wenn die heutigen Treiber und Kriegshetzer ihre uferlosen Bestrebungen aus eigenen Mitteln begleichen sollten, diese uferlose Politik bald abebben würde. Neben den Steuerplänen habe sich der Reichstag auch noch mit zum Teil neuen, zum Teil auch von dem verflossenen Reichstag unerledigt gebliebenen, tief in das bürgerliche Leben einschneidenden Gesetzen zu beschäftigen. Auch zu diesen schon bekannten, und in den Kreis der öffentlichen Besprechung gezogenen Gesetzen habe die Wählerversammlung Stellung zu nehmen. An die Vorgänge im Reichstag bei Beratung der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Hilfskassengesetzes und Heimarbeitergesetzes und die Stellungnahme der liberalen Fraktionen zu diesen Gesetzen erinnernd, sei es umsomehr am Platze, die in Aussicht stehende Verschärfung des Strafgesetzbuches, die Gesetze betr. das Koalitionsrecht, die jetzt wieder spukende Lex Heinze und anderes mehr, schärfer ins Auge zu fassen und Stellung zu nehmen. Alles dieses zusammengenommen, werde den Wahlkampf zu einem der schärfsten, die je gewesen sind, gestalten. In der Hand der Wähler werde es liegen, sich ihr eigenes Schicksal zu schmieden. (Stürmischer Beifall.) Gegner waren nicht anwesend, eine Diskussion fand nicht statt.

Am Sonntagnachmittag tagte in Brodten eine von den Liberalen einberufene Wählerversammlung, in der Klein seine bekannte Rede aufsagte. Von seiten der Sozialdemokraten war Genosse Radden-Lübeck anwesend, der sich zunächst mit der Tätigkeit der Liberalen im letzten Reichstag beschäftigte und sie scharf kritisierte. In seinem Schlußwort war es Klein sehr unangenehm, daß von ihm nicht eine regelrechte Zukunftsstaatsdebatte herbeigeführt werden konnte, aber er mußte sich damit abfinden. Keine Hand rührte sich, um Klein Beifall zu spenden.

In Travemünde sprach Klein Sonntagabend. Er hielt seine gewohnte stereotype Rede. Genosse Radden wurde als Diskussionsredner bei seinen ersten Ausführungen von den Liberalen in wenig parlamentarischer Weise gestört, später trat Ruhe ein. Zunächst wurde Kleins Brodtener Schlußwort zerpflückt und im weiteren die Mängel und Fehler des heutigen Wirtschaftslebens den Anwesenden vor Augen geführt und betont, daß die bürgerlichen Parteien sich ein großes Sündenregister auf den Hals geladen hätten. In dem Schlußwort Kleins kam dann auch die rechte Reichsverbandsmanier zum Ausbruch. Alles was herbeizuschleppen war, um die sozialdemokratische Partei zu verunglimpfen, wurde ausgeführt: Zukunftsstaat, Maifeier, Aussperrung in Dänischburg, was dieser Führer oder jener Führer der sozialdemokratischen Partei einmal gesagt haben soll. Mit derartigen Dingen wird der Mann nur bei Idioten Eindruck machen. An der Debatte beteiligten sich die liberalen Herrn August Pape und Bandholdt in sachlicher Weise, was angenehm abstach von den Schimpfereien Kleins.

Die Anmeldung der in die hiesigen Mittelschulen zu Ostern aufzunehmden Kinder hat vom 5. bis zum 22. ds. Mts. zu erfolgen und zwar für die 1. Knaben-Mittelschule beim Hauptlehrer Gottschalk im Schulhause, Glockengießerstraße 37, an jedem Werktage von 12^{50}—1^{35} Uhr, St. Lorenz-Knaben-Mittelschule beim Hauptlehrer Pechmann im Schulhause, Marquardstraße (Haupteingang), an jedem Werktage von 12^{50}—1^{35} Uhr, 1. Mädchen-Mittelschule beim Hauptlehrer Stehr, im Schulhause, Schildstraße 6, am Montag, Dienstag und Freitag nachmittags von 5—6 Uhr, an den übrigen Werktagen mittags von 11^{45}—12^{45} Uhr. St. Lorenz-Mädchen-Mittelschule beim Hauptlehrer Humbke im Schulhause Marquardplatz (Haupteingang), am Mittwoch nachmittags von 4—5 Uhr, an den übrigen Werktagen von 12—1^{20} Uhr. Bei der Anmeldung ist der Taufschein oder in dessen Ermangelung der Geburtsschein des Kindes und, falls das letztere das 12. Lebensjahr bereits vollendet hat, auch der Schein über die Wiederimpfung vorzulegen.

Ein schwerer Unglücksfall, dem leider ein blühendes Menschenleben zum Opfer gefallen ist, ereignete sich heute vormittag gegen 11 Uhr in der Schwartauer Allee beim Schlachthof. Die Ehefrau des dort wohnenden Bäckermeisters Claus wollte die Fahrbahn überschreiten, als von der einen Richtung ein Straßenbahnwagen und von der andern Seite mehrere Lastwagen herankamen. Die Bedauernswerte wurde von dem Perron des Straßenbahnwagens getroffen, umgestoßen und fiel so unglücklich mit dem Kopfe auf das Straßenpflaster, daß sie einen schweren Schädelbruch erlitt, dem sie bald erlag. Wer die Schuld an diesem schrecklichen Unfall trägt, muß die Untersuchung ergeben. Augenzeugen haben bekundet, daß den Straßenbahnführer keine Schuld trifft.

Der Kieler Passagierdampfer „Hollmann" ist an die Firma Heinrich Wetterich in Lübeck verkauft und am Sonnabend bereits in Lübeck abgeliefert worden. „Hollmann" ist in den 80er Jahren auf der Kochschen Schiffswerft in Lübeck gebaut und gehörte zu den praktischsten Schiffen auf der Kieler Förde, der mit Hilfe seiner großen Kajüten und seines großen Promenadendecks bequem 700 Personen aufnehmen konnte. „Hollmann" soll in Zukunft dem Verkehr von Lübeck nach Travemünde und den Badeorten bei Travemünde dienen. Als s. Zt. in Lübeck der sozialdemokratische Parteitag tagte, unternahm er einen Ausflug auf dem „Hollmann", was einigen Bürgerlichen Veranlassung gab, den Boykott des Schiffes zu fordern.

h. **Perlenmuscheln, Tintenfische und Kraken.** Museumsvorträge. Herr Prof. Dr. Lenz behandelte in seinem Vortrage am Sonnabend obiges Thema. Zunächst sprach der Redner über die Bildung der Perlenmutterschalen, die sehr dick und lang werden. Das Schillern der Schalen, welches den Regenbogenfarben entspricht, erklärt sich daraus, daß eine große Menge Schichten, die immer dünner werden, übereinander liegen. Die oberste Schale besteht aus einem außerordentlich feinen Überzuge. Bekanntlich haben alle dünnen Häute die Eigenschaft, daß sie in Regenbogenfarben schillern. Der Beweis hierfür sind die Seifenblasen, die je größer und zugleich je dünner sie sind, desto mehr in den vorher genannten Farben glänzen. In der Trave und im Kanale sieht man auch häufig diese farbigen Erscheinungen. Sie entstehen dadurch, daß ein Tropfen Petroleum oder Öl aufs Wasser fiel. Die Perlenmuscheln kommen größtenteils im Indischen Ozean vor, doch findet man sie auch in der Südsee und an anderen Stellen. Die Perlen bilden sich ebenso wie die Schalen. Sie bestehen aus zahlreichen dünnen Schichten, die $^1/_{100}$ mm dick sind und entstehen dadurch, daß irgend ein Fremdkörper in die Schalen gedrungen ist. Alsdann legen sich um denselben Schichten herum und so bilden sich ziemlich langsam die Perlen. Die Form der Perlen hängt von derjenigen des Fremdkörpers ab. Große, runde Perlen besitzen den größten Wert. Fundorte für Perlen sind Ceylon und die Südsee. Die Perlen bestehen aus Kalk und haben sehr unter der Einwirkung der Witterung zu leiden. Daher werden sie mit der Zeit grau und matt, und der Glanz verschwindet. Hierauf sprach der Vortragende über Steck-, Pfahl-, Hammer- und Bohrmuscheln. Letztere bereiten viele Unannehmlichkeiten, indem sie sich in Holzpfähle 2c. bohren, wodurch diese morsch und unbrauchbar werden. Im 18. Jahrhundert haben diese Bohrmuscheln in den holländischen Häfen vielen Schaden angerichtet. Sie kamen hier in großen Mengen vor und zerstörten alles Holz, was sie erreichen konnten. Heutzutage schützt man sich vor denselben durch Überziehen des Holzes mit einer Messing- oder Kupferschicht. Hiermit verließ der Vortragende die Muscheln und ging auf die Tintenfische über. Diese besitzen 8 kurze und 2 lange Arme sowie eine Mundöffnung, woran sich der übrige Körper schließt. Mit den Armen, die mit Saugnäpfen besetzt sind, fangen sie ihre Beute und führen sie dann zum Munde, der mit einem starken Gebiß ausgerüstet ist. Dieser besteht aus rückwärts gerichteten Zähnen, so daß es der Beute sehr schwer ist, noch wieder herauszukommen. Die Arme dienen auch zum Fortbewegen am Boden. Die Tintenfische können sich aber auch noch in nachstehender Weise fortbewegen. Sie nehmen mittelst ihres Mundes Wasser ein, das über die Kiemen fließt und durch einen hinteren Gang wieder in die trichterartige Mundöffnung gelangt und von dieser wieder herausgestoßen wird. Je schneller der Tintenfisch atmet, desto gewaltsamer wird das Wasser herausgestoßen, so daß er sich rückwärts bewegt. Außerdem besitzen die Tintenfische einen Sack mit einer dunkelbraunen Flüssigkeit, welche Sepia genannt wird. Naht sich ein Feind, so spritzt der Tintenfisch diese Flüssigkeit aus und wird hierdurch unsichtbar. Weiter haben die Tintenfische ein Rückgrat, das aus zwei Kalkschalen besteht; sie erhalten hierdurch eine bestimmte Festigkeit. Die Tintenfische sind gewöhnlich ¾ bis 1 Meter lang, doch haben einige von ihnen eine Länge bis zu 20 Meter. Man findet die Tintenfische im Mittelmeer und auch in der Nord- und Ostsee. Zubereitet sehen sie sehr delikat aus und haben einen guten Geschmack. Eine andere Art von Tintenfischen sind die Polypen. Diese unterscheiden sich von den Tintenfischen dadurch, daß sie kein Rückgrat haben und daher einen sackförmigen Körper besitzen. Erreichen die Polypen eine riesige Größe, dann nennt man sie Kraken. Über diese gibt es viele norwegische Sagen. So heißt es in einer derselben, daß ein Dreimaster, der über einen Krake fuhr, von den riesigen Armen derselben umschlungen wurde und mit Mann und Maus in die Tiefe versank. Zum Schluß wurde der Vortrag durch einige Lichtbilder illustriert.

pb. **Entwendete Uhr.** In der Nacht vom 9. zum 10. d. Mts. ist hier in einem Lokale eine goldene Damen-Remontoiruhr mit arabischen Zahlen und goldenen Zeigern abhandengekommen. Die Uhr trägt auf der Rückseite eine Verzierung in Form einer Blume. Des Diebstahls dringend verdächtig ist ein dänischer Seemann, der sie vermutlich in hiesiger Stadt veräußert hat. Der Käufer wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 4. ds. Mts., abends zwischen 7 und 9 Uhr ist vom Flur des Hauses Hüxtertor-Allee 23a ein Fahrrad, Marke „Kaiser", mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktritbremse, gelben Holzgriffen und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 7645 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Einem Schadenfeuer fiel in der Nacht zum Sonntag die in einem Hinterhause der Hüxstraße belegene Werkstätte des Böttchermeisters Wichmann zum Opfer. Der Raum brannte total aus.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, kommt bei kleinen Preisen die Operette „Der Zigeunerbaron" von Strauß zur Wiederholung. — Am Donnerstag gelangt Offenbachs phantastische Oper „Hoffmanns Erzählungen" zur noch maligen Aufführung. — Am Sonntag, dem 17. Dezember, wird die Hofopernsängerin Irma Tervani von der Hofoper

In Dresden ein einmaliges Gastspiel als „Carmen" in Bizets gleichnamiger Oper absolvieren. Es kommen hierbei nur die gewöhnlichen Opernpreise zur Anwendung.

Eutin. Eine sehr gut besuchte öffentliche Wählerversammlung tagte am Sonntag, den 10. Dezember in Fissau. Genossin Schlomer-Lübeck hatte das Referat über „Die bevorstehenden Reichstagswahlen" übernommen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. In der Diskussion ergänzten Genosse Gloe-Neudorf und Borchert-Eutin die Ausführungen der Referentin. Sehr viele Frauen waren zugegen.

Hamburg. Eine blutige Tat in der Börse. In einem Sitzungssaal der Börse fielen gestern nachmittag gegen ½3 Uhr mehrere Schüsse. Die Diener fanden ein Fräulein Rech aus Düsseldorf, die sich einen Streifschuß beigebracht hatte und ihre von einem Schuß auf der Stelle getötete Mutter. Ob diese von der Tochter erschossen wurde, oder Selbstmord verübt hat, ist noch nicht festgestellt. Der seit langen Jahren verstorbene Ehegatte der Frau Rech war früher Teilhaber einer Hamburger Exportfirma. — In der Maschinenfabrik von Brandenburg hat sich Montag nachmittag ein furchtbarer Unglücksfall ereignet. Dort war der 17 Jahre alte Lehrling Karl Heinsen an einem Horizontalbohrwerk beschäftigt. Eine Stellschraube an der Welle ergriff plötzlich das Zeug des Jungen und zog ihn über die Welle, die ihn mehrere Male mit herumriß. Als die Arbeiter dann den Körper des Ärmsten sich um die Welle drehen sahen, eilten sie schleunigst herbei, stellten das Bohrwerk ab und befreiten den Jungen; doch konnten sie ihm leider keine Hilfe mehr bringen, er war von dem Zeug, das ihm den Hals zusammengeschnürt hatte, erwürgt worden.

Neumünster. Der Kampf mit dem Zuchthäusler. In Wankendorf versuchte der Zuchthäusler Karl Köster aus Kiel einen schweren Einbruchsdiebstahl auszuführen. Der dort stationierte Gendarmeriewachtmeister schritt ein und geriet mit Köster in ein Handgemenge. Der Verbrecher machte den Versuch, dem Beamten die Waffe zu entreißen. Bei dem Ringen entlud sich das Gewehr, wobei die Kugel dem Köster die Brust durchbohrte und seinen Tod herbeiführte.

Rostock. Keine liberale Stichwahlparole vor der Hauptwahl. Der geschäftsführende Ausschuß der liberalen Landespartei beider Mecklenburg erläßt folgende offiziöse Erklärung: „Die in konservativen und sozialdemokratischen Blättern aufgestellte Behauptung, daß innerhalb des geschäftsführenden Ausschusses Meinungsverschiedenheiten über die Stichwahlparole beständen, entbehrt vollständig jeder Berechtigung und soll offenbar nur eine Irreführung der Wählerschaft bezwecken. Der geschäftsführende Ausschuß kann vor den Hauptwahlen über die Stichwahlparole keine Beschlüsse fassen, er wird sich aber seiner Aufgabe im Kampfe gegen Reaktion und Ritterschaft an erster Stelle zu stehen, auch bei Stichwahlen bewußt bleiben, und hat sich, was den Inhalt der Stichwahlparole angeht, auch den Nationalliberalen gegenüber vollständig freie Hand gewahrt."

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Streik der Berliner Eisenformer und Gießereiarbeiter. In allen Berliner Gießereien ist mit der Arbeitsaufnahme nunmehr begonnen, wenngleich auch naturgemäß nicht sämtliche Streikende sofort die Arbeit aufnehmen konnten. Der weitaus größte Teil der Former und Gießereiarbeiter ist bereits in Arbeit getreten. Von den Metallarbeitern (Dreher, Fräser, Schlosser usw.), die zur Unterstützung des Streiks der Former und Gießereiarbeiter die Arbeit niedergelegt hatten, sind nur noch wenige vorhanden, die aus betriebstechnischen Gründen noch nicht wieder arbeiten konnten. Von den Ausgesperrten, die erst am 11. d. Mts. wieder arbeiten sollten, hat der größte Teil bereits vor dem 11. die Arbeit wieder aufgenommen, sodaß zu erwarten steht, das in wenigen Tagen die Ausgesperrten restlos wieder in Arbeit sein werden.

Zum Kampf im Steindruckergewerbe. Von den in Deutschland vorhandenen 15 800 Lithographen- und Steindruckergehilfen befinden sich seit 10 Wochen rund 4500 im Streik bezw. Aussperrung und außerdem zirka 1800 Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen. Am 27. November fand eine unverbindliche Aussprache zwischen Vertretern beider Parteien statt. In dieser wurde von den Vertretern des Unternehmerschutzverbandes der Standpunkt vertreten, daß weitere Verhandlungen nur möglich seien, wenn man die Arbeitszeitfrage dabei ausschalte, und die 53stündige Arbeitswoche akzeptiert werde. Um die Bahn freizumachen für Verhandlungen über die übrigen Forderungen, die bei den gescheiterten Verhandlungen am 15. September nicht besprochen wurden, (die Lohn-, Lehrlings-, Überstundenfrage usw.), beschloß der Hauptvorstand des Gehilfenverbandes Verhandlungen einzuleiten auf der Grundlage der 53stündigen wöchentlichen Arbeitszeit. Die Konferenz des Verbandes der Steindrucker und Lithographen billigte diesen Standpunkt des Zentralvorstandes, vertrat aber auch nach eingehender Aussprache über die Situation einmütig den Standpunkt, daß der Kampf nach wie vor mit aller Energie weitergeführt werden müsse, sofern die Haltung des Unternehmerschutzverbandes eine die Gehilfen befriedigende Regelung der Differenzen nicht erwarten läßt. Denn der Stand der Bewegung ist für die Arbeiter nach wie vor günstig und die Haltung der Streikenden und Ausgesperrten eine musterhafte. Trotzdem Streikbrecher im In- und Ausland gesucht und ihnen die höchsten Löhne gezahlt werden, ist die Zahl der angeworbenen Streikbrecher sehr gering. Die Konferenz befaßte sich ferner mit der Frage der Gewährung eines Mietezuschusses an die Kämpfenden zu Neujahr; ein solcher soll geleistet werden. — Auch wurde auf Anregung vieler Mitgliedschaften eine Weihnachtssammlung unter den in Arbeit stehenden Mitgliedern des Gehilfenverbandes beschlossen, von der man ein gutes Erträgnis bestimmt erwartet. Darauf fanden am 3. ds. Mts. Verhandlungen statt. Entgegen der Bedingung, daß die Arbeitszeitfrage ausschalten soll, legten die Unternehmer folgende Formulierung für die Arbeitszeit vor:

„Die effektive wöchentliche Arbeitszeit beträgt für Steindrucker (auch für Korrekturlithographen) 53 Stunden, für Lithographen 48 Stunden. Die Arbeitszeit ist eine effektive, sowohl bei 53 Stunden als auch bei bestehender kürzerer Arbeitszeit. Die Prinzipale haben das Recht, eine bestehende kürzere Arbeitszeit auf 53 Stunden zu erhöhen. Jedoch ist in diesem Falle eine Erhöhung des Wochenlohnes entsprechend der erhöhten Stundenanzahl herbeizuführen. Ein- und Auslaufen, An- und Auskleiden, Waschen usw. hat außerhalb der Arbeitszeit zu geschehen. Dem Prinzipal steht das Recht auf Einführung von Kontrollapparaten und -einrichtungen zu. Der Einführung und Benutzung derselben dürfen keine Schwierigkeiten bereitet werden."

Diese Festsetzung der Arbeitszeit würde für viele Gehilfen eine Verlängerung der Arbeitszeit bedeuten, denn jetzt arbeitet bereits eine größere Zahl weniger wie 53 Stunden. Der in den seitherigen Abmachungen stehende Satz, daß „bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen unberührt bleiben", soll in Zukunft wegbleiben, sodaß der Unternehmer das Recht hat, statt der von den Gehilfen geforderten Arbeitszeitverkürzung auf 51 Stunden die Arbeitszeit zu verlängern. Diese Zumutung mußte von den Gehilfenvertretern abgelehnt werden; sie wünschten Vertagung dieser Sache und Eintritt in die Beratung der übrigen Punkte (Arbeitszeit, Lehrlingsfrage usw.) Die Vertreter des Unternehmerschutzverbandes bestanden jedoch darauf, daß, ehe dies geschehen könne, erst die Arbeitszeit nach ihrer Formulierung festgelegt werden müsse. — Nach weiterer ergebnisloser Aussprache wurden die Verhandlungen hierauf abgebrochen.

Soziales.

Ruth Bré, bekannt durch ihr Wirken auf dem Gebiete des Mutterschutzes, ist am Donnerstag in Herischdorf in Schlesien plötzlich am Herzschlag gestorben. Die Verstorbene war früher Volksschullehrerin in Breslau. Sie ist in weiteren Kreisen dadurch bekannt geworden, daß sie im Namen der Menschlichkeit flammenden Protest gegen ein Urteil des Schwurgerichts Glatz erhob, welches die Magd Anna Werner in Glatz, die aus Not durch bureaukratische Maßnahmen zur Kindesmörderin wurde, zum Tode verurteilte. Ihrem eifrigen Wirken ist es zu danken, daß die Todesstrafe im Gnadenwege zu einer zehnjährigen Zuchthausstrafe umgewandelt wurde. Die Bemühungen der Verstorbenen führten denn auch noch dazu, daß ministerielle Anweisungen an die Behörden ergingen, die Gesetze über den Unterstützungswohnsitz, denen die Magd Anna Werner zum Opfer fiel, loyaler zu handhaben. Obwohl Ruth Bré selbst nicht mit irdischen Mitteln gesegnet, hatte sie für die Armen und Enterbten immer lebhaftes Mitgefühl. Als ihr gelegentlich ihrer Bemühungen in der Angelegenheit der verurteilten Anna Werner von der Redaktion unseres Breslauer Bruderblattes, zu dessen gelegentlichen Mitarbeiterinnen sie gehörte, einige anerkennende Worte gesagt wurden und man ihr die Frage vorlegte, was nach der Entlassung mit der Anna Werner werden würde, da war Ruth Bré bereit, mit dieser so lange ihr kärgliches Brot zu teilen, bis diese wieder auf eigenen Füßen stehen könnte. Das ist ein ehrendes Zeugnis der Menschenliebe für die Verstorbene, die immer noch gehofft hatte, daß das Opfer der preußischen Bureaukratie und des toten Buchstabens unserer Gesetze vollständig begnadigt würde. Das hat sie nicht mehr erleben können.

Der Leiter des preußischen Gefängniswesens, Geheimrat Krone, wurde am Sonntag anläßlich seines 75. Geburtstages sehr gefeiert. In einer Dankrede sagte er: „In jedem Menschen, sei er noch so verworfen, lebt ein Funke des Göttlichen. Nur der Beamte tut seine Pflicht, der diesem Funken nachgräbt, bis er zu leuchten anfängt. Die Wiege der meisten Verbrecher ist auch die Wiege ihres Verbrechertums, daher ist eine wichtige Pflicht der Gesellschaft die Fürsorge für Mutter und Kind." — Wie weit ist doch die Praxis an vielen Orten noch entfernt von dieser humanen Auffassung!!

Wähler des Fürstentums Lübeck!
Seht die Wählerlisten ein!

In zahlreichen Ortschaften liegen die Wählerlisten schon jetzt aus.

Die Wählerliste für **Stockelsdorf** liegt vom 12. bis zum 19. Dezember d. Js., beide Tage einschließlich, im Hause des Gemeindevorstehers Hinze zu jedermanns Einsicht aus.

In **Bosau** sowie in **Neukirchen** liegen die Wählerlisten gleichfalls vom 12. bis zum 19. Dezember inkl. bei den betr. Gemeindevorstehern aus.

Wer nicht in den Wählerlisten verzeichnet steht, hat kein Wahlrecht!

Kommunales.

Zentrumsniederlage. Bei den Stadtverordnetenwahlen dritter Klasse in Waldshut (Baden) verlor das Zentrum von den 20 Sitzen, die es bisher inne hatte, 10 an die vereinigte Linke (Liberale, Fortschrittspartei und Sozialdemokraten).

Die Stuttgarter Gemeinderatswahl hatte das Ergebnis, daß unserer Partei von 14 zu Wählenden 6 Sitze zufielen, darunter 4 auf 6, 1 auf 4, 1 auf 2 Jahre. Die Nationalliberalen bekamen 4, die Volkspartei 3, die Konservativen 1 Sitz, das Zentrum ging leer aus. Gewählt wurden die Genossen Tauscher, Wasner, Baitinger (bisher Gemeinderäte), Mattutat (bisher Bürgerausschußmitglied), Schwab und Engelhardt. Die Genossen Westmeyer, Oster und Stetter, die von der Parteiversammlung mit je 2 Stimmen auf den Wahlzettel genommen worden waren, blieben trotzdem in der Minderheit. Die Gesamtzahl der für uns abgegebenen Stimmzettel betrug 11 175 gegen 12 278 bei der Oberbürgermeisterwahl im Mai d. J. Während bei früheren Wahlen nur 13—14 Proz. der sozialdemokratischen Wahlzettel abgeändert wurden, stieg dieser Prozentsatz diesmal auf 48! Es wurden nämlich 5832 sozialdemokratische Zettel unabgeändert, 5342 abgeändert abgegeben. Auch bei den bürgerlichen Parteien waren die Abänderungen viel zahlreicher als früher, was zur Folge hatte, daß das Ergebnis der am Freitag vorgenommenen Wahl erst Sonnabend in später Nachtstunde bekannt wurde.

Aus Nah und Fern.

Was sich liebt, das neckt sich. Wie die „N. G. C." erzählt, hat Herr v. Kiderlen-Waechter nach Abschluß des Marokkoabkommens dem französischen Botschafter Cambon seine Photographie mit folgender Unterschrift gesandt: „A mon aimable ami et terrible ennemi" (Meinem liebenswürdigen Freunde und furchtbarem Gegner). Und Herr Cambon erwiderte die Aufmerksamkeit, indem er dem Staatssekretär sein Bild mit der Widmung schickte: „A mon terrible ami et aimable ennemi." (Meinem furchtbaren Freunde und liebenswürdigen Gegner.) — Herr Cambon ist ein witziger Kopf.

Alberne Märchen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" läßt sich von einer „rheinischen Familie" erzählen, daß die Engländer die Befestigungen von Wilhelmshaven zu Weihnachten in die Luft sprengen wollten. Jetzt ist die Sache wohl bis zum 1. April aufgeschoben worden. Was werden die verzweifelten Kriegshetzer noch zusammenschwindeln!

München-Gladbacher Bomben. Gegen drei höhere Beamte des München-Gladbacher Landgerichts wurde am Sonnabend morgen ein Bombenattentatsversuch unternommen, der erfreulicherweise erfolglos blieb. Über das geplante Verbrechen, als dessen wahrscheinlicher Urheber ein **Fabrikant** aus München-Gladbach verhaftet wurde, herrscht in der rheinischen Stadt große Aufregung. Der mit der Untersuchung des Falles betraute Richter veröffentlicht eine Bekanntmachung, wonach dem Ersten Staatsanwalt Mantell, dem Landgerichtsdirektor Pauckſch und dem Staatsanwalt Burchardt je ein Paket in Rollenform zugegangen ist, von denen jedes einen Sprengschuß enthielt. Alle drei Pakete waren mit einem Zünder versehen, der beim Abreißen des Bindfadens die Explosion der Sprengkörper hervorrufen mußte. Durch die in den Paketen befindlichen Blei- und Messingstücke wären die öffnenden Personen zweifelsohne schwer verletzt worden. Daß die Pakete nicht geöffnet wurden, ist lediglich auf einen Zufall zurückzuführen. Nach einer späteren Meldung ist der Verhaftete ein Papierhülsenfabrikant Friedrich Pritzsche. Es scheint sich um einen Racheakt zu handeln, da der Verhaftete sich seit längerer Zeit wegen verschiedener Straftaten zu verantworten hatte. Mancher unter den „wahren Patrioten" mag bedauern, daß es so schnell gelungen ist, den mutmaßlichen Urheber zu verhaften. Und das umsomehr, als merkwürdigerweise das „Berliner Tageblatt" besonders hervorhebt, daß Staatsanwalt Mantell im Meineidsprozeß Schröder und Genossen eine Rolle gespielt hat. Das nationale Pech will es noch dazu, daß der Attentäter ein Unternehmer ist. Wie schön hätten sich andernfalls die München-Gladbacher Bomben als Wahlparole gegen die Sozialdemokratie benutzen lassen. Denn wenn irgend ein konfuser Arbeiter den verbrecherischen Attentatsversuch gemacht hätte, sicherlich wäre er flugs in einen sozialdemokratischen Agitator gewandelt worden. Wirklich Pech!

Ein Totschlag in Metz wird von der nationalliberalen Presse mit Absicht auffallend verzeichnet. Sonntag nacht geriet der Hoboist Marsch vom 130. Infanterie-Regiment mit Alex Samain, dem Vorsitzenden der früheren „Lorraine Sportive", in der Römerstraße in Streit. Einer der vier Gefährten Samains ging von hinten her an den Hoboisten heran, hielt ihm einen Revolver hinter das Ohr und schoß ab. Die Kugel drang dem Manne durch das Gehirn und führte nach wenigen Minuten den Tod herbei. Samain und sein Bruder wurden verhaftet. Die Verhaftung der anderen drei Gefährten Samains steht bevor. — Nur gewissenlose Hetzer können diese elende Verbrechen den französischen Lothringern insgesamt aufs Konto schreiben.

Schreckenstat eines Wahnsinnigen. Die Schweizer Kriminalbehörden sind einem entsetzlichen Verbrechen auf die Spur gekommen. Der vierzigjährige geistesgestörte ehemalige Lehrer Fluetsch reiste dieser Tage von seinem Wohnort in Toggenburg nach Graubünden, wo sein Vater in dem einsamen Mezzaselva das Vieh hütete. Ohne ein Wort zu sagen, erschoß er seinen Vater und begab sich dann zu seinen zwei Schwestern, die in Serneus wohnten. Nachdem er zwei Tage gewartet hatte, erschoß er die eine, verletzte die andere lebensgefährlich. In einem Wal[illegible] der Landquart beging Fluetsch dann Selbstmord. Al[illegible] endlich auf das Verschwinden des Vaters aufmerksam [illegible] fand man in Mezzaselva neben dem Erschossen[illegible] Brief vor, in dem Fluetsch angab, daß er vor sei[illegible] in Toggenburg auch seine Mutter und eine dritt[illegible] erschossen habe.

Schwere Dampferkatastrophe. Der belgische [illegible] „Vandyke" mit 18 Mann an Bord strandete in der [illegible]nerstagnacht auf dem Felsen des Stevenston Leuchtturmes an der englischen Küste. Der Einb[illegible] des Wassers geschah so schnell, daß die Mannschaft besch[illegible] das Schiff zu verlassen. Als das Rettungsboot ins Wasser gelassen wurde, wurde es von den gewaltigen Wogen umgeworfen. Sämtliche Mannschaften fielen ins Wasser; nur dem zweiten Ingenieur gelang es, an Bord des gestrandeten Dampfers sich zu retten, von wo er drei andere Kameraden zu sich heraufziehen konnte. Die übrigen haben den Tod in den Wellen gefunden. Die Geretteten waren nun der Gnade der Elemente überliefert. In den Morgenstunden wurde der Dampfer von dem Felsen losgerissen und trieb als Wrack in die See dem Kanale zu. Die vier Schiffbrüchigen zündeten Lichter an und schauten nach Rettung aus. Die Leuchtsignale wurden von dem Dampfer „Ashtree" gesichtet, der unter großen Schwierigkeiten ein Boot aussetzte und die vier Mann an Bord nahm.

Belohnte Tapferkeit vor dem Feinde. In Syrakus sind soeben 11 italienische Soldaten ausgeschifft worden, die wegen verschiedener Disziplinarvergehen vom Kriegsgericht verurteilt worden sind. Unter diesen befindet sich ein Bersagliere namens Galluzzo, einer der wenigen, der sich aus dem Gefecht von Scharaschatt retten konnte. Von den 60 Mann seines Zuges blieben nur sieben am Leben und von diesen nur drei unverwundet. Galluzzo, der sich sehr tapfer gehalten hatte, hat nun kürzlich einen Streit mit einem Korporal gehabt, wobei dieser ihm einen ganzen Topf voll Suppe übergoß. Der auf diese Art Provozierte antwortete in derselben Weise und schüttete seine Suppe dem Korporal auf den Kopf. Beide kamen vors Kriegsgericht, und der mit knapper Not den Arabern entgangene Soldat wurde zu einem Jahr Militärgefängnis verurteilt. Welche Lust, Soldat zu sein!

China wird ganz modern. Es wird augenblicklich ein außergewöhnlicher Skandal bekannt, der die kaiserliche chinesische Familie betrifft. Die Frau des Regenten, die zugleich die Mutter des jungen Kaisers Paiyi und die Tochter des berühmten Großrates Tsutse ist, ist mit einem Schauspieler geflohen. Die Prinzessin, eine eifrige Theaterbesucherin, hatte häufig den berühmten Schauspieler Yanschar-Lu zu sich eingeladen. Daß die Regentin gerade mit einem Schauspieler die Flucht ergriffen hat, trifft die Regierung und die ganze Mandschu-Dynastie besonders schwer, denn die Schauspieler erfreuen sich in China keinerlei Ansehens. Der Regent ist sehr niedergeschlagen infolge dieses Vorfalles. — Ganz wie bei uns „Zivilisierteren"! Hier wählt man Sprachlehrer, Zigeunerprimas' und andere sich keinerlei besondern Ansehens erfreuende Leute.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gelangte gestern abend Strindbergs Drama „Totentanz" durch Künstler des Hamburger Schauspielhauses zur Aufführung. Die meisterhafte Wiedergabe des Werkes konnte nicht den abstoßenden Eindruck mildern, der von der Handlung ausgeht, so geistvoll sie auch von dem Dichter gestaltet worden ist. Wir kommen morgen darauf zurück.
P. L.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Ernst Kahl
Frida Kahl, geb. Steinfadt.
Für die vielen Glückwünsche und Gratulationen zu unserer Vermählung danken herzlich. D. O.

Montag nachmittag wurde uns durch Unglücksfall unser kleiner süßer **Rudi** im zarten Alter von 2 Jahren durch den Tod entrissen. Tief betrauert von seinen Eltern, Großeltern, Onkel und Tante.
Rudolf Burmeister und Frau,
Elisabeth, geb. Bauert.

Fortzugshalber **eine Wohnung** zum 1. Januar 1912 zu vermieten. Näh. Grimm, Vorwerk.

Ziegeldecker-Gesellen.
Suche zu sofort einige tüchtige Ziegeldeckergesellen bei dauernder Beschäftigung.
Ferd. Diercks, Dachdeckermstr.,
Lübeck, Langer Lohberg 46.

Dampfmaschine für Kinder zu kaufen gesucht. Off. mit Preis u. **H B** an die Exped. d. Bl.

Zweisitz. **Straßenrenner** zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unter **St 100** an die Exped.

Zu kaufen gesucht ein **Kübel** zum Fleisch einsalzen. Ang. mit Preis u. **B** an die Exp. d. Bl. erbeten.

Ein **Sofa oder Chaiselongue** zu kaufen gesucht. Off. mit Preisangabe u. **F W** an die Exp. d. Bl.

Knaben-Paletot (8—10 Jahr) 1.50 Mk., fast neue Marinemütze 1.50 Mk., Diabolospiel und andere Spielsachen zu verk. Untertrave 26/35

Billig zu verkaufen ein **Feil-Schaukelpferd**
Buseksfstraße 2, II.

Zu verkaufen eine große **Puppe** mit Wagen
Kottwitzstraße 30, II.

Zwei Puppensportwagen
billig zu verkaufen.
Waisenhofstr. 20, III.

Zu verkaufen ein Kinder-Klappstuhl 3 Mk., ein Schlaf-Esel 1.50 Mk.
Loignystraße 13, pt., l.

Zu verkaufen ein guterhaltener **Sport- und Liegewagen**
Blanckstraße 20a, pt., rechts.

Fast neue, sehr gut nähende **Singer-Nähmaschine** (Ringschiffchen) billig zu verkaufen. Näheres
Chaloistraße 2, pt.

Bienenbilder-Maschine
zu verkaufen.
Friedenstr. 65.

Fast gut erhaltener blauer **Kinderwagen** mit Nickel und Gummi, sowie mehrere Kaninchen zu verkaufen Brolingstraße 23.

Eine kleine liegende Dampfmaschine, passend als Weihnachtsgeschenk, zu verkaufen.
Tünkenhagen 30, part.

Verschied. Spielsachen
für Knaben, zu verkaufen.
Ludwigstraße 74, I.

Das goldene Frauenbuch, Die Frau als Hausärztin, 600000 Auflage, pass. als Weihnachtsgeschenk, zu verkaufen
Warendorpstraße 42.

Kindermantel, schwarz, Rockanzug, weiße Weste und fast neues blaues Herren-Winterjacket zu verkaufen. Näheres bei **Witt,** Brockesstr. 11, p.

Zu verkaufen eine größere
Laterna magica.
Hansastr. 31.

Billig zu verk. eine weiße eiserne **Kinderbettstelle,** vernick. **Kinderwagen** und **Grammophonplatten.**
Sedanstr. 7.

Hängelampe u. eis. Säulenofen
zu verkaufen. Paulstr. 5.

Zwei kl. Zugänger zu verk.
Lohkuratze 25, Stockelsdorf.

Belgische Kaninchen
billig zu verkaufen.
Moislinger Allee 156.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer rc. im Lagerhaus und Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.**

Flomen pro Pfund **70 ₰**
frisch. Kopf u. Bein Pfd. 20 ₰
„ Kochrippen Pfd. 60, 30, 15 ₰
weiß. Schmalz Pfd. **60 ₰**
la. ger. Schweinebacken Pfd. 65 ₰
la. fl. Rauchspeck „ 80 ₰
la. geräuch. Speck „ 90 ₰
M. Lahrtz, Dankwartsstr. 16

Praktische Weihnachtsgeschenke

empfehlen wir in großer Auswahl zu billigen Preisen:

Hauskleiderstoffe
Mtr. 40 50 60 75 ₰ bis 1.20 M.

Woll. Kleiderstoffe
Mtr. 80 ₰ 1.20 1.50 1.80 bis 2.80 M.

Achselschürzen weiß u. bunt
75 90 ₰ 1.20 1.50 1.80 bis 2.70 M.

Teeschürzen
30 45 60 75 90 ₰ bis 1.80 M.

Korsetts in allen **Weiten**
1.00 1.20 1.50 1.80 bis 3.30 M.

Damen-Jacketts
5.00 7.00 9.00 bis 25.00 M.

Damen-Unterröcke
85 ₰ 1.00 1.50 1.80 2.50 bis 15.00 M.

Kinder-Paletots
1.75 2.50 3.00 4.50 bis 10.50 M.

Regenschirme
1.95 2.50 3.00 3.30 bis 8.00 M.

Gardinen
Mtr. 25 30 40 50 ₰ bis 1.35 M.

Pelzkragen
2.50 3.50 5.00 6.50 8.00 bis 30.00 M.

Flanell-Hemden
4.80 5.80 bis 7.00 M.

Flanell-Hosen
4.20 4.80 bis 5.20 M.

Normalhemden für Herren
1.00 1.20 1.50 1.70 bis 4.50 M.

Normalhemden für Damen
60 80 ₰ 1.00 1.20 1.35 bis 2.50 M.

Jagdwesten für Herren
1.80 2.20 2.80 3.50 bis 9.75 M.

Jagdwesten für Knaben
1.50 1.80 2.00 bis 2.80 M.

Damen-Westen
90 ₰ 1.20 1.40 1.70 1.90 3.50 M.

Gaschenjacken mit Futter
5.00 5.50 6.00 bis 7.00 M.

Woll. Schlafdecken
3.00 3.60 4.40 5.00 bis 12.00 M.

Baumw. Schlafdeck.
1.00 1.80 2.40 2.70 bis 4.00 M.

Kinder-Pelzgarnitur.
1.00 1.50 2.50 3.50 bis 5.50 M.

Tischdecken
2.00 2.50 3.00 3.70 bis 11.50 M.

Teppiche
4.75 7.00 9.50 11.00 bis 42.00 M.

Bettvorleger
80 ₰ 1.00 1.20 1.50 bis 5.50 M.

Handtücher
Dtz. 3.00 3.60 4.00 4.80 bis 12.00 M.

Tischtücher
Stck. 60 80 90 ₰ 1.20 bis 5.50 M.

Servietten
Dtz. 2.90 3.50 4.00 4.80 bis 9.00 M.

Gläsertücher
Dtz. 2.40 2.90 3.60 4.00 bis 8.00 M.

Taschentücher
Stck. 5 8 10 12 15 bis 60 ₰

Hemdentuch
Mtr. 25 30 35 40 bis 60 ₰

Bettlaken
1.70 1.90 2.25 2.80 bis 4.00 M.

Bettbezüge
2.30 2.70 3.20 3.60 bis 4.80 M.

Herren-Paletots 11.00 14.00 17.00 19.00 23.00 27.00 bis 40.00 M.
Herren-Anzüge 10.50 15.00 18.00 21.00 25.00 28.50 bis 42.00 M.
Loden-Joppen mit Futter 4.50 5.75 7.50 9.00 10.50 bis 21.00 M.

Trotz dieser billigen Preise rote Rabattmarken.

Bahr & Umlandt

Inh. Adolf Bahr, Breite Straße 31.

Für unsere Leser!

Ein **hochinteressantes Originalwerk**
Die französische Revolution
in Wort und Bild.
Geschenkband, elegant gebunden, auf Kunstdruckpapier gedruckt, ca. 250 Original-Bilder mit erläuterndem Text
bieten wir unseren Lesern
zum Ausnahmepreis von **3.—** Mk. an.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Der Neue-Welt-Kalender

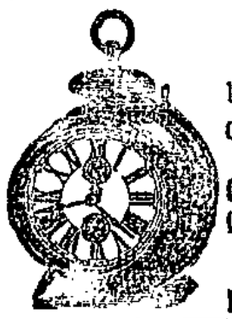
für **1912** ist erschienen.
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Ia. Hausmacher Leberwurst
Pfd. **1.20** Mk.
Ia. Thüringer Leberwurst
Pfd. **1.00** Mk.
Ia. Hildesheimer Leberwurst
Pfd. **80** Pfg.
empfiehlt
Carl Junge
Wahmstraße 14.

Anfertigung
sämtlicher Haararbeiten

zu Fabrikpreisen, aus von ausgekämmt. Haar wie Flechten, Strähnen, Locken, Unterlagen, Uhrketten, Ringe, Broschen rc. Zahle höchste Preise für ausgekämmtes Haar.
W. Pusback, Hüxstr. 43

Puppen-Klinik.
Sämtliche **Reparaturen** gut und billig.
Kupferschmiedestraße 10



Heinr. Schultz
Uhrm. u. Goldarb.
ob. Johannisstr. 2
Uhren, Ketten, Gold- u. Silberwaren, goldene Trauringe, Rathenower Brillen.
Eigene Werkstatt

Anker-Uhr 30 Stunden gehend
für nur 3.50 Mk., mit Kette **4.50** Mk.
Marktwiete 2, part., bei der Post

Taschenuhren, Weckuhren, Freischwinger, Uhrketten, Gold- und Silberwaren
empfiehlt zu billigen Preisen
Th. Köhler, Uhrmacher
Untertrave 69.

Schmucksachen m. Photographie
von Mk. **2.00** an.
Atelier Lubeca, Breite Str. 13

Ia. Wal- und Haselnüsse, Traubrosinen, Feigen, Datteln, Krachmandeln,
Tannenbaum-Schmuck
Baumlichte, Lichthalter, Lametta, Eistau, Eau de Cologne.
Kartonnagen mit Seife und Parfüm
Holsten-Drogerie
Jürgen Runge, Lübeck
Moislinger Allee 6a.
Fernsprecher **2375.**

Christbaumschmuck.
Weihnachts- u. Neujahrskarten
Grösste Auswahl
zu bekannt billigsten Preisen.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Händler und Hausierer.
Zum billigen Laden,
Hüxstraße 27.

Hasenfelle,
Kanin, Fuchs, Iltis, Marder etc.
Pferdehaare,
Mähnen, Kuhschweifhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Wahmstr. 22a

Neues Stadttheater
Mittwoch, den 13. Dez. 8 Uhr
Außer Abonnement.
Bei kleinen Preisen!
Der Zigeunerbaron.
Operette von Joh. Strauß.
Donnerstag, 14. Dez. 7½ Uhr
Hoffmanns Erzählungen.
Oper von Offenbach.
Freitag, 15. Dezember. 7½ Uhr
Bei kleinen Preisen!
Prinzessin Herzlieb
Weihnachtsmärchen von E. Grup
Lörcher.
Vorläufige Anzeige.
Sonntag, 17. Dezember. 7½ Uhr
Bei gewöhnlichen Opernpreisen
Einm. Gastsp. d. Kgl. Hofopernsän
Irma Tervani
von der Kgl. Hofoper in Dresde
Carmen.
Große Oper von G. Bizet.